

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51
FDP im Internet: [www:http://www.fdp.ch](http://www.fdp.ch) E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

FDP SCHWEIZ IN LOCARNO  Neuer Generalsekretär

Schwungrad für den Aufschwung

Die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 18./19. April 1997 in Locarno hat sich des Themas «Bildungspolitik» angenommen und ein bildungspolitisches Papier mit dem sinnigen Titel «Schwungrad für den Aufschwung» verabschiedet. Als neuen Generalsekretär wählte der Delegiertenrat einstimmig den 39jährigen Berner Johannes Matyassy.

**GUIDO SCHOMMER,
PRESSECHIEF
FDP SCHWEIZ**



Den thematischen Schwerpunkt am Samstag bildete die Bildungspolitik. Ausgehend von der Erkenntnis, dass ein grosser Teil der Arbeitslosigkeit in der Unterqualifikation der Betroffenen seinen Ursprung hat, setzte die FDP insbesondere die Berufsbildung, aber auch Aspekte der Schulbildung auf die politische Traktan-

denliste. Die Referate von Prof. Dr. Rolf Dubs, Professor an der Universität St. Gallen (HSG), und Peter Hasler, Direktor des Arbeitgeberverbandes, zeigten den Reformbedarf im schweizerischen Bildungswesen auf. Nationalrätin Christine Egerszegi (AG) stellte das Bildungspapier der FDP vor, welches auch von den Delegierten intensiv diskutiert wurde.

Die Volksinitiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» fand vor den Delegierten keine Gnade. Der drohende Verlust von

Tausenden von Arbeitsplätzen und der heuchlerische Charakter der Initiative, die auch in Gewerkschaftskreisen höchstens lauwarmer Sympathie geniesst, liessen ein ganz klares Nein der Delegierten zu.

Auch die zweite Verhinderungsinitiative, «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!», konnte nicht über-

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Der neue Generalsekretär: Lernen Sie Johannes Matyassy näher kennen auf Seite **5**
- Die Wachstumsoffensive der FDP: Lesen Sie über deren vier Pfeiler ab Seite **6**
- Die Rede des Parteipräsidenten Franz Steinegger vom 18. April in Locarno finden Sie ab Seite **10**
- Überlegungen zur Neat von FDP-Nationalrat Duri Bezzola lesen Sie auf Seite **15**



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Podiumsgesprächs zur Bildungspolitik von rechts nach links: Nationalrätin Christiane Langenberger (VD), Nationalrätin Christine Egerszegi (AG), Peter Hasler, Direktor Arbeitgeberverband, Prof. Dr. Rolf Dubs und Michael Hasler, Vizepräsident Jungfreisinnige.



den 1. Juli 1997 als stellvertretender Generaldirektor zur Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) wechselt.

Matyassy absolvierte an der Universität Bern ein Studium in Jurisprudenz und Volkswirtschaftslehre. Anschliessend war er im Bundesamt für Aussenwirtschaft (Bawi) im Integrationsbüro tätig. Im Dezember 1995 wurde er zum persönlichen Mitarbeiter von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz berufen.

Johannes Matyassy ist neuer Generalsekretär

Der bereits von der Geschäftsleitung vorgeschlagenen 39jährige Berner Johannes Matyassy wurde vom Delegiertenrat einstimmig als neuer Generalsekretär gewählt. Er wird damit Nachfolger von Christian Kauter, der nach neun Jahren Tätigkeit als FDP-Generalsekretär auf

zeugen. Die bewährte Kompetenzaufteilung zwischen Volk, Parlament und Bundesrat soll auch im Bereich der Aussenpolitik nicht über den Haufen geworfen werden. Die Delegierten der FDP Schweiz sind der Meinung, dass weiterhin über das Resultat und nicht über den Startschuss und -zeitpunkt allfälliger Verhandlungen vom Volk entschieden werden sollte.

Parolen

An ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung in Locarno hat die FDP der Schweiz folgende Abstimmungsparolen für den 8. Juni beschlossen:

«EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» **NEIN**
«Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» **NEIN**

Der Delegiertenrat beschloss folgende Parole: **JA**
Aufhebung des Pulverregals

EUROPARAT ◉ *Schwierige Lage*

Grosse Herausforderungen für den Europarat

Der Europarat, dem heute 40 Mitgliedstaaten angehören, stellt – neben der OSZE – die einzige politische Organisation auf europäischer Ebene dar, der die Schweiz angehört. Sie ist deshalb für uns sehr wichtig, denn hier können wir unsere Werte, Erfahrungen und Interessen einbringen und unsere Bereitschaft dokumentieren, an der Gestaltung und Weiterentwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa aktiv mitzuwirken.

RENÉ RHINOW,
FDP-STÄNDERAT,
SELTISBERG (BL)



Es kann uns deshalb auch alles andere als gleichgültig sein, welchen

Weg diese Organisation in Zukunft nehmen wird. Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime hat sich die Rolle des Europarates gewandelt. Neben seine klassischen Funktionen im Bereich der Bewahrung von Menschenrechten und demokratischer Errungenschaften in den westeuropäischen Ländern ist zunehmend die Aufgabe getreten, den jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa beim Aufbau einer zivilen Gesellschaft und bei der Entwicklung einer rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung beizustehen.

Rechtsstaatliche Anforderungen

Er hat in letzter Zeit zu diesem Zweck Länder aufgenommen, welche die vom Status des Europarates verlangten rechtsstaatlichen Anforderungen noch nicht erfüllt haben – dies in der Hoffnung, dass dadurch die rechtsstaatliche Entwicklung in diesen jungen Mit-

gliedländern besser gefördert werden können. In einzelnen Fällen ging und geht es sogar darum, durch sogenannte Entwicklungsprogramme und enge Kontakte im Schosse des Europarates zu verhindern, dass neu aufgenommene Staaten wieder in einen vorrechtsstaatlichen Zustand zurückfallen könnten. Dass dies nicht unbedingt gelingt, zeigt das Beispiel Albanien zurzeit mit erschreckender Deutlichkeit.

Ich habe diese Politik der forcierten Aufnahme von Staaten, welche die rechtsstaatlichen Voraussetzungen noch nicht erfüllen, mehrfach kritisiert und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates der Aufnahme von Russland und Kroatien (vergeblich) opponiert. Trotzdem ist nun alles daranzusetzen, dass das Ziel eines europäischen Menschenrechtsraumes und einer gemeineuropäischen, demokratischen politischen Kultur erreicht werden kann.

Gefahr der Dreiklassengemeinschaft

Damit steht der Europarat heute vor grossen Herausforderungen. Auf drei soll im folgenden kurz hingewiesen werden:

Einmal hat sich der Europarat durch seine Aufnahmepolitik der letzten Jahre in eine schwierige Situation gebracht. Er hat mit dem Instrument des Monitoring dafür zu sorgen, dass die Mitgliedländer ihre bei der Aufnahme eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Neuerdings dient das Monitoring generell dazu, die Einhaltung der Satzung der zahlreichen Konventionen und Zusatzprotokolle des Europarates durch alle Mitgliedländer zu überprüfen. Doch diese Überwachung, so sinnvoll sie ist, erscheint politisch heikel und wird teilweise als Einmischung qualifiziert. Sie ist zudem weitgehend vom politischen Willen der betroffenen Länder und – auf der Seite des Ministerkomitees – vom politischen Willen der Regierungen abhängig. Dieser richtet sich jedoch auch nach anderen, national geprägten Interessen.

Es wächst zudem zweitens die Gefahr einer Zweio- oder gar Dreiklassengemeinschaft: eine Gruppe von Ländern, welche den Minimalstandard seit geraumer Zeit erfüllen; eine andere, welche auf gutem Wege ist, dieses Ziel zu erreichen, und eine dritte, welche es aller Wahrscheinlichkeit nach noch lange nicht erreichen wird. Ein Europa à trois vitesses aber wird auf Dauer grosse Probleme schaffen. Denn der Europarat kennt keine eigentlichen Zwangsmittel; er kann als schwerste Sanktion nur den Ausschluss eines Mitgliedlandes anordnen.

Sodann ist mit der erwähnten Dreiklassenge-

meinschaft die reale Gefahr verbunden, dass der im Westen Europas erreichte hohe Standard des Menschenrechtsschutzes aufgeweicht und – zumindest partiell – gesenkt werden könnte. Denn wenn Verstösse gegen Menschenrechte in einigen Ländern hingenommen werden (müssen), ist das Risiko gross, dass sich andere Staaten nach unten richten und sich unter Berufung auf gleiche Massstäbe ebenfalls von der strikten Einhaltung der Menschenrechtskonvention zu dispensieren suchen.

Gefahr der Zurückstufung

Die wohl grösste Herausforderung für den Europarat aber besteht drittens darin, dass ihm andere den Rang abzulaufen drohen. Verschiedene europäische Organisationen erfüllen zunehmend gleiche oder ähnliche Aufgaben wie der Europarat, namentlich die Europäische Union und die OSZE. Mit der Erweiterung der EU nach Abschluss von Maastricht II, aber auch – freilich in weit geringerem Ausmass – mit der Rolle der OSZE im Bereich von Demokratie, Menschenrechts- und Minderheitenschutz wird sich die Frage stellen, wie sehr die europäischen Länder auf Dauer noch am Europarat interessiert sind. Wohl äussert sich der gegenwärtige Kommissionspräsident Jacques Santer positiv zur Zusammenarbeit mit dem Europarat. Doch eine allfällige Zurückstufung des Europarates wird kaum offiziell verkündet. Sie könnte sich schleichend

bemerkbar machen, etwa durch ein abnehmendes Interesse gegenüber der Kooperation im Ministerkomitee, durch die Übernahme von traditionellen Aufgaben des Europarates, wie etwa des Menschenrechtsschutzes, durch die EU; vor allem aber durch eine schleichende finanzielle Aushungerung, so dass der Europarat auf Schmalkost gehalten würde. Es könnte also sein, dass der Europarat zu einem blossen Gefäss wird, in dem Nicht-EU-Mitglieder aus sicherheitspolitischen Gründen bei der Stange gehalten werden – etwa die Türkei oder osteuropäische Staaten, welche nicht oder noch nicht in die EU aufgenommen werden. Wir müssen die Augen offenhalten gegenüber möglichen künftigen Entwicklungen und – im Verbund mit Gleichgesinnten – alles daran setzen, dass der Europarat seine Stellung behaupten kann.

ZUM THEMA

Trotzdem ist nun, nachdem dieser risikoreiche Weg beschritten worden ist, alles daranzusetzen, dass das Ziel eines europäischen Menschenrechtsraumes und einer gemeineuropäischen, demokratischen politischen Kultur erreicht werden kann.

Mit der Erweiterung der EU nach Abschluss von Maastricht II, aber auch – freilich in weit geringerem Ausmass – mit der Rolle der OSZE im Bereich von Demokratie, Menschenrechts- und Minderheitenschutz wird sich die Frage stellen, wie sehr die europäischen Länder auf Dauer noch am Europarat interessiert sind.

IM GESPRÄCH  Arlette Maurer, Kantonsrätin

«Der Kantönligeist missfällt mir»

**WELCHES IST IHR LEBENS-
MOTTO?**

«Nicht das erreichte Ziel macht dich reich – es ist der Weg dorthin.»

**WENN SIE IN DIE ZUKUNFT
BLICKEN, WORAUF GRÜNDET
SICH IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?**

Das Gefühl, dass alles möglich ist.

**WAS BEREITET IHNEN DIE
GRÖSSTE SORGE?**

Allzuviel von morgen träumen und die Gegenwart vergessen.

**WELCHE ERFINDUNG DER
MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR
DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR
DIE ENTBEHRLICHSTE?**

Telefon: Verbindung zu Menschen.

TV: verhindert gute Gespräche, Diskussionen, hindert am geselligen Beisammensein, führt zur Abkapselung.

**WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH
ERFUNDEN WERDEN?**

Nichts Spezielles. Eine Erfindung ist nicht immer nur ein Fortschritt.

**WAS LIEBEN SIE AN DER
SCHWEIZ?**

Die Menschen, die Berge, das Land selbst; ich fühle mich hier wohl und zu Hause.

**WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UN-
SEREM LAND?**

Der «Kantönligeist». Es sollte vermehrt über Kantonsgrenzen hinaus gearbeitet werden.

**«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN
DAS BESTEHENDE, FORT-
SCHRITT IST NUR ÜBER DIE**



Kantonsrätin Arlette Maurer: «Ich fühle mich hier wohl und zu Hause.»

**MINDERHEITEN MÖGLICH».
TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?**

Nein.

**GESETZT, ES GÄBE EINEN NO-
BELPREIS FÜR POLITIKER, WEM
WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?**

Dem Berner FDP-Nationalrat François Loeb.

**WODURCH KANN EINE POLITI-
KERIN, EIN POLITIKER SIE
ÜBERZEUGEN?**

Mit guten, fundierten Argumenten. Mit Wissen und mit der Kunst, nicht nur eine Seite zu sehen. Verschiedene Ansichten berücksichtigen können und andere Meinungen akzeptieren.

**WARUM SIND SIE BEI DEN
JUNGLIBERALEN?**

Ich bin Mitglied der Jungliberalen Partei der Region Olten, weil sie mich als junge Partei anspricht und ich mich mit ihren Ideen identifizieren kann.

**WAS SEHEN SIE ALS IHRE
PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN,
WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE
STÄRKE?**

Schwäche: etwas ungeduldig, möchte sofort verändern; kann schwer «abschalten». Stärke: Durchhaltevermögen; ehrgeizig, motiviert.

**WENN SIE NOCH EINMAL
WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN
BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ER-
LEBEN?**

Ich würde denselben Beruf erlernen und auch die HWV besuchen.

**WELCHEN FILM HABEN SIE
KÜRZLICH ANGESCHAUT?**

«Chacun cherche son chat».

STICHWORTE

Was fällt Ihnen zu diesen Themen ein:

INTERNET: Computer, Informatik.

SURFEN: zeitaufwendig, aber interessant.

SOZIALSTAAT: «Ja, aber».

NET: Veränderung, teuer.

VERFASSUNGSREVISION: Notwendigkeit.

TONY BLAIR: Labour-Partei, Abbau kommunistischer Vergangenheit, Wahlen.

«ARENA»: Fernsehen, Diskussion.

**WAS MÜCHTEN SIE AM LIEB-
STEN TUN KÖNNEN, WAS SIE
NICHT KÖNNEN?**

Einmal richtig lange ausschlafen (bin eine konstante Frühaufsteherin)!

**WELCHEN WUNSCH MÜCHTEN
SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?**

Reisen; andere Kulturen kennenlernen. ■

KURZBIOGRAPHIE

ZUR PERSON: Arlette Maurer, Ziegelfeldstrasse 12, 4600 Olten, ledig, habe einen Bruder Claude, er ist ein Jahr älter und Student. Mutter: Bibliothekarin. Vater: Ingenieur HTL.

ALTER: 22 Jahre

BEUFULICHE STATIONEN: KV-Lehre in Grossbank, Aarau. Revisorin in Luzern während zweier Jahre. HWV-Studentin seit Oktober 1996.

POLITISCHER WERDEGANG: Mit Umzug im Herbst 1996 von Luzern nach Olten trat ich der «JRO» bei und meldete mich zur Kantonsratswahl (kurz und steil!).

LIEBSTE TÄTIGKEIT: Lesen, Fahrradfahren, Schwimmen, Aerobic, mit Leuten zusammen sein, diskutieren, mit Kater «Köbi» faulenzten und abschalten.

Die offene Zukunft

Hans Graeves Buch vermittelt ein neues, wirklichkeitsnahes Bild von den Zusammenhängen der Geschichte. Es orientiert sich an den grossen Abläufen, die sich in den wesentlichen Epochen aller Kulturen vollzogen haben. Der Autor arbeitet dabei die entscheidenden Kriterien heraus, die den Prozess zu einer kulturellen Blüte auslösen. Dabei werden verschiedenste Beispiele der Geschichte, z. B. aus China, Ägypten, der Antike sowie Europa vom Mittelalter bis in die Neuzeit, herangezogen. Diese Beispiele erlauben dann zu schlussfolgern, welche Entwicklungen das Entstehen einer Kulturblüte begleiten, wann eine solche Kultur in eine Krise gerät und wann sie von einer Zivilisationsgesellschaft abgelöst wird.

Graeve weist nach, dass diese Prozesse weder allein vom Zufall noch von unabänderlichen Gesetzen gesteuert werden. Insofern unterscheidet er sich in seiner Interpre-

tion geschichtlicher Abläufe fundamental von Arnold J. Toynbee oder Oswald Spengler. Dennoch sind immer wieder analoge Abläufe zu beobachten. Wenn z. B. ein genügend grosses gesellschaftliches Substrat, also Kenntnisse und Fertigkeiten, Infrastruktur und Sachkapital, vorliegt, verbunden mit Mut und Erneuerungsbereitschaft, so können Krisen überwunden werden, und eine neue Form, sei es eine Kulturblüte oder eine Zivilisationsgesellschaft, kann sich einstellen.

In dem dritten grossen Abschnitt des Buches wird die Bedeutung dieses Werkes für unsere Tage ersichtlich. Graeve führt aus, dass unsere jetzigen Gesellschaften nicht ohne weiteres mit den vorneuzeitlichen Gesellschaften verglichen werden können, auch wenn gewisse Abläufe sich wiederholen. Die Vielschichtigkeit, die Komplexität und die Interdependenz moderner Gesellschaften lassen konkrete Aussagen über

den weiteren Verlauf der Dinge noch weniger zu, als dies früher der Fall war. Aber auch die Verletzlichkeit der Gesellschaften ist gewachsen. Gleichzeitig hat das höhere gesellschaftliche Substrat auch die Fallhöhe der Gesellschaften vergrössert. Hier sieht der Autor auch Gefahren, die zum Verhängnis werden könnten.

Dieses Buch regt zum Nachdenken über unsere Zeit und über die Zukunft an. Der Autor vermeidet Spekulationen wie auch plakative Schwarzmalerei, aber die Lehren aus der Geschichte zeigen doch auf, wo angesetzt werden müsste. Es sind der Verlust an Werten, der überzüchtete Individualismus, Verkümmern des politischen Begriffsvermögens und des Gemeinsinns, verbreitete Verachtung von Recht und Ordnung, Verfall der staatlichen Autorität bis hin zu gesellschaftlich bedingter Blockierung und Paralyse der Staatsgewalt, Hang einzelner Gesellschaften zu Selbstaufgabe und ichsüchtige und nihilistisch-fundamentalistische Verweigerung gegenüber dem Gemeinwesen. Der Leser findet sich immer wieder in die vorhergehenden Betrachtungen früherer Epochen und Kulturen zurückversetzt und kann sich so selbst ein fundiertes Urteil bilden.

Es stellt nicht nur für den Historiker eine Fundgrube dar, sondern vermittelt für die in Wirtschaft und Politik Verantwortlichen doch wesentliche Zusammenhänge, die zum Entstehen und Verfall von Kulturen und Organisationen, wie z. B. einem Staat, führen.

«Die offene Zukunft. Orientierung in der Gegenwart aus den Lehren der Geschichte». Von Dr. Hans Graeve. 1. Auflage 1997, 229 Seiten, DM 43.- / öS 314.- / sFr. 39.50. ISBN 3-930039-57-5. Verlag Dr. Ingo Resch, Gräfelfing, in Kooperation mit der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung».

Fredi Hänni

Die schweizerische Anti-Rassismus-Strafnorm und die Massenmedien

Grundrechtskonforme Anwendung eines unscharfen Straftatbestands unter Bezug des Kriteriums der «professionellen Adäquanz»

Haupt

Anti-Rassismus-Strafnorm

Der seit Anfang 1995 geltende Art. 26^{bis} StGB stellt das Veröffentlichen von Botschaften rassendiskriminierenden Inhalts in allen möglichen Formen der Strafe. Damit geraten nicht bloss Verantwortliche von Neonazi-Hetzschriften und weitere Personen, die sich offen zu rassistischem Gedankengut bekennen, ins Visier der Strafverfolgung. Zu den von der Anti-Rassismus-Strafnorm potentiell Betroffenen gehören auch all jene, die sich beruflich mit dem Veröffentlichen von Informationen und Meinungen befassen: die Medienschaffenden.

Der Autor zeigt auf, mit welchen strafrechtlichen Mitteln die schweizerische Strafnorm gegen Rassendiskriminierung unter Abwägung aller auf dem Spiel stehenden Interessen angewendet werden kann. Zu berücksichtigen sind namentlich die Kommunikationsgrundrechte mit ihren

individuellen und institutionellen Aspekten. In heiklen Grenzfällen kann die aus der deutschen Rechtslehre stammende Rechtsfigur der «professionellen Adäquanz» herangezogen werden, und zwar als Tatbestandseinschränkungs- oder -ausschlussgrund.

Setzt man diese Instrumente im Sinn einer möglichst restriktiven Anwendung von Art. 26^{bis} StGB ein, so besteht keine Notwendigkeit, auf den übergesetzlichen Rechtfertigungsgrund der «Wahrnehmung berechtigter Interessen» zurückzugreifen.

«Die schweizerische Anti-Rassismus-Strafnorm und die Massenmedien». Von Fredi Hänni. 1997, 249 Seiten, kartoniert. ISBN 3-258-05586-6. Fr. 54.- / DM 60.- / öS 438.- (zzgl. Versandkosten). Verlag Paul Haupt, Bern, Stuttgart, Wien.

Hans Graeve

Die offene Zukunft

Lehren und Orientierung aus der Universalgeschichte

Frankfurter Allgemeine
Verlag Resch

ORDENTLICHE DELEGIERTENRATSSITZUNG ◊ Einstimmige Wahl des neuen Generalsekretärs

Herzliche Gratulation, Johannes Matyassy!

Der Delegiertenrat hat an seiner ordentlichen Sitzung vom 18. April 1997 in Locarno den 39jährigen Berner Johannes Matyassy zum neuen Generalsekretär und damit zum Nachfolger von Christian Kauter gewählt. Kauter wechselt nach neunjähriger Tätigkeit als Generalsekretär in die Privatwirtschaft. Matyassy wird sein neues Amt am 1. Juli 1997 antreten. Der «Freisinn» stellt ihn vor und gibt ihm ein erstes Mal Gelegenheit, sich an die «Freisinn»-Leserinnen und -Leser zu wenden.

Lebenslauf

1. Personalien

Geburt	25. Juli 1957 in Bern
Heimatort	Bern
Adresse	Hühnliwaldweg 1, 3073 Gümligen
Zivilstand	verheiratet mit Doris Matyassy, geb. Moser, stellvertretende Leiterin des SBG-Schulungszentrums Bern
Politische Zugehörigkeit	Mitglied der FDP seit 1993 (Ortssektion Muri-Gümligen)
Militärische Einteilung	Hptm, Qm, Of z Vf Kdt F Div 3 (bis Ende 1995 Qm I Flab Abt 3)

2. Ausbildung

1964–1968	Primarschule Bern Bitzius
1968–1970	Sekundarschule Bern Manuel
1970–1972	Untergymnasium Bern Manuel
1972–1976	Gymnasium Bern Kirchenfeld, Abschluss mit Matura Typ E (Wirtschaftsmatura)
1976–1978	Studium der Jurisprudenz an der Universität Bern
1978–1984	Volkswirtschaftsstudium an der Universität Bern, Abschluss lic. rer. pol., Schwerpunkte: Aussenwirtschaft, Geld- und Finanzpolitik, Wettbewerbspolitik, Controlling, Völkerrecht, Bundesstaatsrecht und Handelsrecht

3. Berufliche Tätigkeit

1983–1985	Zuerst Hilfsassistent, dann Assistent am volkswirtschaftlichen Institut der Universität Bern bei Professor W. Hess, Ordinarius für praktische Nationalökonomie, Fachbereiche: schweizerische Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, Bundesamt für Aussenwirtschaft (Bawi), Integrationsbüro EDA/EVD, Fachbereiche: Technologieinitiative Eureka, europäische Umwelt- und Verkehrsfragen, Freihandelsabkommen Schweiz - EG
Juni 1985–Sept. 1987	Leiter der Wirtschafts- und Handelsabteilung der Schweizer Botschaft in Argentinien
Okt. 1987–März 1990	Sektionschef in der Abteilung Welthandel-Gatt des Bawi, Fachbereiche: Technische Handelshemmnisse, Einfuhrlicenzen sowie Antidumping, Stabschef der schweizerischen Verhandlungsdelegation im Rahmen der Uruguay-Runde
Febr. 1990–März 1991	Stellvertretender Leiter der Abteilung Welthandel-Gatt, Fachbereiche: Landwirtschaft und Marktzutritt für Industrieprodukte
April 1991–April 1993	Chef des schweizerischen Eureka-Vorsitzesekretariates und der Sektion Kooperation und Koordination im Integrationsbüro EDA/EVD, Fachbereiche: Vorbereitung und Durchführung des schweizerischen Eureka-Präsidialjahres; Verhandlungen mit der EU im Bereich Forschung und Verkehr
Mai 1993–Nov. 1995	Persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz
Seit Dez. 95	

4. Nebenamtliche Tätigkeiten

1984–1987 sowie 1992–1995	Mitglied des Kirchgemeinderates Bern Bruder Klaus
Seit 1994	Vorstandsmitglied Kirchenchor Bern Bruder Klaus (1994/95 als Präsident)
Seit Sept. 1995	Mitglied des Vorstandes der FDP-Ortssektion Muri-Gümligen
Seit Jan. 1996	FDP-Kantonaldelegierter der Ortssektion Muri-Gümligen sowie Obmann der Delegierten der Ortssektion Muri-Gümligen
1. Dez. 1996	Wahl zum Mitglied des Grossen Gemeinderates von Muri-Gümligen



Sehr geehrte Damen und Herren

In Abwandlung eines berühmten Zitats lautet meine Devise: Was kann das Generalsekretariat für Sie tun? Vieles! Impulse, Konzepte, logistische Unterstützung, ein wirkungsvolles «Backoffice».

Ich trete mein Amt als neuer Generalsekretär der FDP in einer Zeit des Umbruchs, der Neuorientierung und des Aufbruchs an. Wir stehen, am Vorabend des 21. Jahrhunderts, einem Berg von Herausforderungen gegenüber.

Zu deren Überwindung brauchen wir Pioniergeist, Mut, Zukunftsglauben und Selbstvertrauen, eine offene, liberale und positive Grundeinstellung. Dies sind Werte, die unserer Partei nicht fremd sind. Im Gegenteil: die FDP ist damit besonders gut placiert, um bei der Lösung der anstehenden Probleme die Führungsrolle zu übernehmen.

Die Meinungsvielfalt in der FDP erachte ich dabei als eine unserer Stärken. Erst diese Vielfalt erlaubt eine fundierte Meinungsbildung und verhindert ein gefährliches eindimensionales Denken. Der Kontakt zur Basis, zu den Kantonal- und den Ortssektionen liegt mir deshalb sehr am Herzen und soll verhindern, dass wir im Generalsekretariat anfangen, «Wolken zu schieben».

Ihr Johannes Matyassy,
designierter Generalsekretär der FDP Schweiz



Die Gratulationen des abtretenden an die Adresse des neuen Generalsekretärs stossen auf reges Medieninteresse. (Photos ruti)

WACHSTUMSOFFENSIVE ◊ Vier FDP-Pfeiler

Deblockierung tut not

Die Schweiz steht unter einem enormen Druck von aussen. Die weltweite Vernetzung der Wirtschaftsräume und ein drastisch zunehmender Wettbewerb zwingen uns, unsere Strukturen den neuen Gegebenheiten anzupassen. Dieser Prozess ist schmerzhaft, aber unumgänglich. In dieser schwierigen Situation den Kopf in den Sand zu stecken wäre grundfalsch. Vielmehr sollten wir eine etwas sportliche Einstellung beweisen und uns den Herausforderungen stellen.

FDP-PARTEIPRÄSIDENT
FRANZ STEINEGGER,
FLÜELN (UR)

Sich den Herausforderungen stellen



Sich den Herausforderungen stellen heisst: Anpacken der heissen Eisen, damit die

Schweizer Wirtschaft wieder kräftig wachsen kann, damit die Schweiz endlich deblockiert wird. Die FDP Schweiz geht mit einem Vier-Pfeiler-Konzept an diese Fragen heran:

1. Deblockierungsoffensive:

Das Land braucht Aufträge, nicht Einsprachen. In der Schweiz sind über siebzehn

Milliarden Franken in Infrastrukturprojekten gebunden, die wegen Einsprachen, Rekursen, behördlichen Verzögerungen und Verschleppungsaktionen linker Kreise nicht verwirklicht werden können. Diese Projekte müssen deblockiert werden. Zugunsten unserer Arbeitsplätze, zugunsten unserer kleinen und mittleren Betriebe (KMU), zugunsten unserer Wirtschaft.

2. Effizienz in der staatlichen Verwaltung:

Die öffentliche Verwaltung darf nicht zu einer sowjetischen Bäckerei – nach dem Motto «Bürger, droht mit Arbeit!» – werden. Eine motivierte und engagierte Beamenschaft wird Anfragen und Gesuche aus der Bevölkerung zeitgerecht und kundenorientiert behandeln. Mit der umfassenden Umsetzung der Prinzipien des New Public Management (NPM) wird die Verwaltung leistungsorientierter funktionieren.

3. Bildungs- und Technologieoffensive:

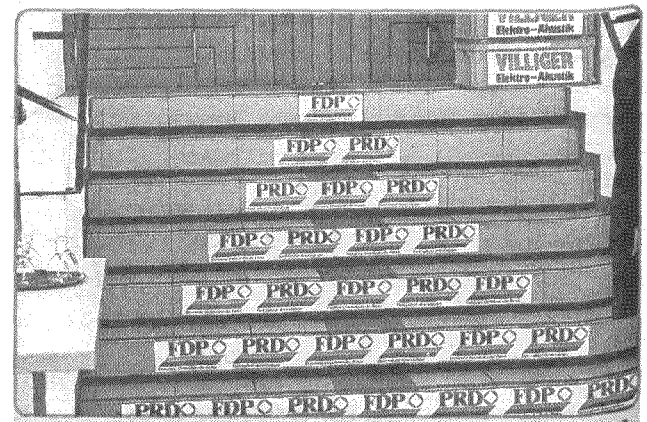
Gemäss Biga-Zahlen sind in der Schweiz rund 100 000 Arbeitsplätze nicht besetzt. So hoch sei die effektive Anzahl der offenen Stellen. Wir müssen wieder die notwendige Qualifikation «heranbilden», damit auch in den Spitzentechnologiebereichen unserer Wirtschaft wieder einheimische Arbeitskräfte eingesetzt werden können. Die FDP hat an ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung in Locarno beschlossen, rund 20 Prozent des bundesrätlichen Investitionsprogramms für Sofortmassnahmen im Bildungswesen vorzuschlagen. Im

verabschiedeten Bildungspapier werden aber auch langfristige Massnahmen zugunsten einer bedarfsgerecht ausgebildeten Bevölkerung dargestellt.

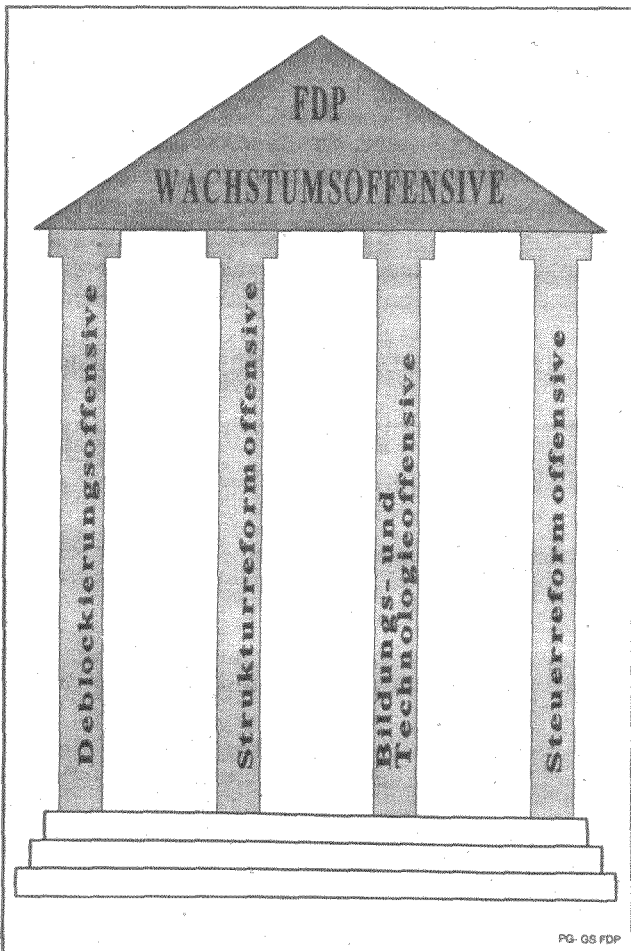
4. Steuerreform:

Der Kuchen, der in der Schweiz Steuern bezahlen

den Unternehmen muss vergrößert werden. Eine freisinnige Unternehmenssteuerreform, welche die Steuer für juristische Personen vereinfacht, den Holdingstandort Schweiz attraktiver macht und damit ausländische Unternehmen ins Inland bringt, kann dazu beitragen. Durch den Abbau von Steuerhürden fliesst letztlich mehr ins Portemonnaie jedes Einzelnen. ■



Dass die FDP eine Partei ist, mit der es aufwärts geht, haben offensichtlich auch die «Kleber» anlässlich der ordentlichen Delegiertenversammlung der FDP in Locarno gemerkt. Dass dabei auch zwei «Villiger»-Kisten ganz oben dabei sind, sei hier nur ganz nebenbei angemerkt... (Photo rutli)



PG-05/FDP

Bestellen Sie jetzt!

Die FDP hat zur besseren Illustration ihrer Wachstumsoffensive eine Spezialausgabe ihres Pressedienstes hergestellt.

Zusätzlich zum hier abgedruckten Editorial von Parteipräsident Franz Steinegger schreiben die Nationalrätinnen und Nationalräte Christiane Langenberger (VD), Dorle Vallender (AR), Oscar Fritschi (ZH) und Georges Theiler (LU) zu den vier Offensiven.

Die Spezialausgabe des freisinnigen Pressedienstes zur Vier-Pfeiler-Wachstumsoffensive ist gegen Einsendung oder faxen dieses Talons erhältlich:

JA, ich hätte das Wachstums-Spezial gerne bestellt.

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an FDP der Schweiz, Wachstumsoffensive, Postfach 6136, 3001 Bern, oder faxen (031) 312 19 51.

STAATLICHE VERWALTUNG  Forderung nach Effizienz

«Von der Wiege bis zur Bahre . . .»

«Von der Wiege bis zur Bahre schreibt der Schweizer Formulare» – und zwar, nach der unausgesprochenen Meinung des unbekanntenen Reimeschmieds dieser Volksweisheit, amtlich verordnete. Selbstverständlich überzeichnet der Ausspruch, aber ein Kern Wahrheit steckt in ihm.

FDP-NATIONALRAT
OSCAR FRITSCHI,
WETZIKON (ZH)

Die öffentliche Verwaltung unseres Landes arbeitet – das darf man in aller Form anerkennen – insgesamt sehr zufriedenstellend. Aber weil sie – im Gegensatz zur Privatwirtschaft – ihre Kunden, nämlich die Bürger, nicht anwerben und bei der Stange halten muss, orientiert sie sich naturgemäss weniger an den Kundenbedürfnissen. Wenn ein zusätzliches Formular ihre Aufgabe erleichtert, wird es eben eingeführt, ohne dass das Verhältnis von Aufwand (für den Bürger) und Nutzen (für die Verwaltung) lange hinterfragt wird.

Ein garstig Lied

Ob ein Gesuch früher oder später behandelt und wann darüber entschieden wird, ist aus dieser Optik weniger wichtig, als dass alle Vorschriften fein säuberlich beachtet, alle irgendwie beteiligten Amtsstellen per Mitberichtsverfahren begrüsst und alle Eventualitäten bis zum «worst case» berücksichtigt sind. Dass Zeit Geld ist, steht für das staatliche Handeln allzu häufig nicht im Vordergrund, bildet keine Priorität, sondern verkommt im Gegenteil zur Posteriorität. Davon können Unternehmer ein garstig

Lied singen, die in unserem Land jahrelang warten, während sie im benachbarten Ausland innert weniger Monate, ja oft nur Wochen Bewilligungen für komplexe Bauvorhaben erhalten.

New Public Management als Gebot der Stunde

Angesichts der Globalisierung des Wettbewerbs muss

es deshalb unser Anliegen sein, dass die Grundsätze der betriebswirtschaftlichen Effizienz auch im Handeln der Verwaltung ihren Niederschlag finden. Die unter dem Begriff «New Public Management» bekanntgewordene Absicht geht dahin, die Verwaltung vermehrt mit Leistungsaufträgen und Globalbudgets zu führen; der Verwaltungseinheit sollen die zu erreichenden Ziele vorgegeben werden, während sie für die Aufteilung der dafür zugesprochenen Mittel selber verantwortlich wird. In der grossen Tendenz kommt damit eine Methode zum

Zuge, die in der Privatwirtschaft, ja sogar im angeblich so traditionellen Militär schon vor längerem Einzug gehalten hat. In der Wirtschaft wird immer weniger per Einzelweisung, sondern per Zielvorgabe geführt. Und im Militär gilt bei uns nicht mehr die Befehls-, sondern die Auftragstaktik.

Die Verwaltung nicht über enge Detailvorschriften in Verordnungen und Reglementen zu steuern, sondern sie mit wirkungs- und zielorientierten Leistungsaufträgen zu führen verspricht mehrfach Gewinn. Das gilt nur schon im Wortsinn: Nach den bisher gemachten Erfahrungen werden Einsparungen resultieren. Von prinzipieller Bedeutung dürfte sein, dass Motivation und Eigeninitiative, dass der unternehmerische Geist gefördert wird – und dass damit gerade bei der im allgemeinen guten Beamenschaft, über die wir verfügen, zusätzliches Potential freigelegt wird.

Zum öffentlichen Dienstleistungsbetrieb machen

Dieses zusätzliche Potential ist aber dringend vonnöten, wenn die Schweiz den im Gang befindlichen wirtschaftlichen Strukturwandel erfolgreich bewältigen will. Nicht Fesseln und Vorschriften sind gefragt, sondern Dynamik. Die von den eidgenössischen Räten in der Frühjahrssession im Zuge der Beratungen des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes bewilligten Versuche auf dem Gebiet des New Public Management sind deshalb

ZUM THEMA

.....
Dass Zeit Geld ist, steht für das staatliche Handeln allzu häufig nicht im Vordergrund, bildet keine Priorität, sondern verkommt im Gegenteil zur Posteriorität.

.....
Die unter dem Begriff «New Public Management» bekanntgewordene Absicht geht dahin, die Verwaltung vermehrt mit Leistungsaufträgen und Globalbudgets zu führen.

.....
Nicht Fesseln und Vorschriften sind gefragt, sondern Dynamik.

energisch an die Hand zu nehmen. Wenn sie sich bewähren – und daran ist kaum zu zweifeln –, eröffnet sich ein weites Feld: die Umwandlung der öffentlichen Verwaltung in einen öffentlichen Dienstleistungsbetrieb. ■



Nationalrat Oscar Fritschi (ZH): «Angesichts der Globalisierung des Wettbewerbs muss es deshalb unser Anliegen sein, dass die Grundsätze der betriebswirtschaftlichen Effizienz auch im Handeln der Verwaltung ihren Niederschlag finden.»



ORDENTLICHE DELEGIERTENVERSAMMLUNG  Die FDP-Bildungsoffensive

Erneuerung von Berufs- und Schulbildung

Die Bildungspolitik war lange Jahre ein Stiefkind der schweizerischen Politik. Weitgehend autonom haben sich die Kantone den Fragen rund um die Schulbildung, die Berufsbildung und die Weiterbildung angenommen.

den geschärft, der Kampfesgeist eingeübt.

Mobilisierung zugunsten der beruflichen Bildung

In unserem Staat muss die Bildungspolitik in einer politischen Diskussion bestehen können. Unter dem Eindruck der Arbeitslosenzahlen und der Dauer der Stagnation mobilisieren sich jetzt endlich breite Kreise zugunsten der beruflichen Bildung.

Die Prioritäten müssen klar benannt werden. Und das ist es, was die FDP tun will. Diesen Sommer werden rund 4500 Schulabgänger Mühe haben, eine Lehrstelle zu finden.

Die FDP hofft auf Sofortmassnahmen, um zu verhindern, dass Tausende von jungen Leuten ohne Zukunftsperspektiven zu Randgruppen oder Bezüglern von Arbeitslosengeldern werden. Diese Jungen müssen Zugang haben zu einer Zusatzausbildung, um ihnen die Integration in der Arbeitswelt zu ermögli-

chen. Dieses prioritäre Massnahmenpaket muss Öffentlichkeitsarbeit für die Berufsbildung, ein Programm für Internetanschlüsse (Internet als Informationsmittel des Arbeitsmarktes), aber auch neue Berufsbildungswege in Zukunftssektoren wie der Mikroelektronik, der Gen- und Biotechnologie, der Telekommunikation usw. enthalten.

Anpassung an verschiedene Berufsrollen ermöglichen

Andererseits nehmen wir Kenntnis von unzähligen Reformgedanken und Pilotprojekten in den Bereichen des modularen Unterrichts und der Bewertung von Schlüsselqualifikationen. Die technologische und industrielle Entwicklung verlangt, dass wir weg von der Aufgabenteilung hin zu einer Bildung kommen, welche den Jungen die Möglichkeit gibt, sich verschiedenen Berufsrollen anzupassen.

Die Bildung muss sich den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Arbeitswelt besser anpassen. Der Mitarbeiter muss mehr und mehr über Schlüsselqualifikationen verfügen, sei es ein kritisches Auge, die Anpassungsfähigkeit, die Teamfähigkeit, die intellektuelle Beweglichkeit, die persönliche Arbeitseffizienz, die Abstraktionsfähigkeit, der Wille zur Akzeptanz konstanten Wandels oder die Weiterbildung.

Die Bildung muss eine gewisse Stabilität und Kontinuität gewährleisten. Trotzdem müssen wir ra-

pide technologische Entwicklungen feststellen. Die Eliten sind deshalb zu fördern statt zu verhindern. Die Jungen suchen in der sportlichen Betätigung den Wettbewerb und die Selbstüberwindung; gleichzeitig schafft die Volksschule Prüfungen und Noten ab, um die Kinder nicht zu traumatisieren.

Eine zukunftsgerichtete Schule kann sich an den Prinzipien des New Public Management orientieren: vernünftige Ausbildungsdauer, zusätzliche Jahre müssen von den solventen Studenten mitfinanziert werden, Führung der Bildungsinstitutionen mittels

Globalbudgets, Anstellung und Entlohnung der Lehrkörper in Abhängigkeit von vorgegebenen Zielen: all das sind prüfungswerte Vorschläge.

Auch in einer im offenen Wettbewerb konkurrierenden Wirtschaft hat der Technologietransfer zwischen den Forschungszentren, den Eidgenössischen Technischen Hochschulen, den Wirtschaftshochschulen und den KMU Platz. Die eidgenössische Kommission für Technologie und Innovation (KTI) muss in Zukunft über die Mittel verfügen, die gezielte Hilfen ermöglichen.

Die sogenannte «graue Materie» ist die Zukunft unseres Landes. Stellen wir ihr die Mittel zur Verfügung, so dass sie blühen kann: dank einem dynamischeren Management der Bildungspolitik.

FDP-NATIONALRÄTIN
CHRISTIANE
LANGENBERGER,
ROMANEL-SUR-MORGES
(VD)

 Die asiatischen Staaten und insbesondere Japan haben sich in eine Bildungsoffensive gestürzt, die dazu führen soll, ihnen die technische und produktive Überlegenheit für das 21. Jahrhundert zu sichern. Die zukünftigen kleinen Genies werden ab dem dritten Lebensjahr gefördert. Die Wahrnehmungskraft, die Konzentration und die Reaktion wer-

Schwungrad für den Aufschwung

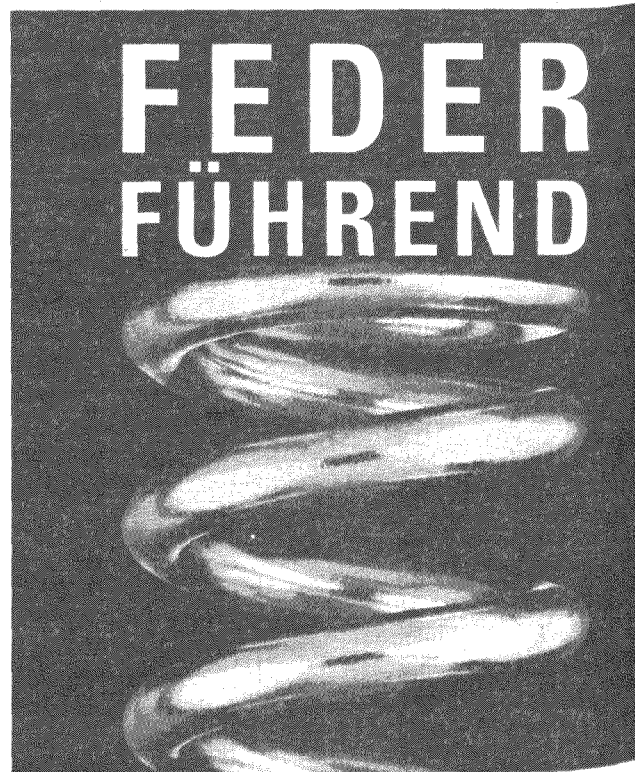
JA, gerne erhalte ich die FDP-Thesen und Postulate für die Bildungspolitik, welche an der ordentlichen Delegiertenversammlung in Locarno verabschiedet wurden.

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Diesen Talon einsenden an FDP der Schweiz, Bildungspolitik, Postfach 6136, 3001 Bern, oder faxen an: (031) 312 19 51.



BAUMANN

BAUMANN + CIE AG

Federfabrik

CH-8630 Rüti

Tel. 055/286 81 11, Fax 055/286 85 11

DELEGIERTENRAT ◊ Parolenfassung

Nein zu den Verhinderungsinitiativen

Die Jungfreisinnigen Schweiz haben an ihrer Delegiertenratssitzung die Volksinitiativen «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» und «für ein Verbot der Waffenausfuhr» zur Ablehnung empfohlen. Weiter haben die Jungfreisinnigen beschlossen, dem Liberal and Radical Youth Movement of the European Community (LYMEC) als Beobachter beizutreten.

Nach einer öffentlichen Podiumsdiskussion mit Bernhard Hess, Sekretär der Schweizer Demokraten, und Ralph Friedländer haben die Jungfreisinnigen Schweiz einstimmig die Nein-Parole zur SD/Lega-Initiative beschlossen. Da ein ausgehandelter Beitrittsvertrag mit der EU ohnehin Volk und Ständen vorgelegt werden muss, erscheint den Jungfreisinnigen die Forderung, dass auch die Aufnahme von Verhandlungen der Volksabstimmung bedürfen, als völlig unsinnig. Dem Bundes-

rat, von dem von allen Seiten mehr Führungsstärke gefordert wird, würde bei einer Annahme der Initiative die Kompetenz in der Aussenpolitik weitgehend entzogen.

Salami-Taktik der SP

Die Initiative «Für ein Verbot der Waffenausfuhr» ist ein weiteres Beispiel für die Salami-Taktik der SP in der Sicherheitspolitik. Sie hätte zudem bei einer Annahme den Abbau mehrerer tausend Arbeitsplätze zur Folge, da sie sich nicht nur

gegen reine Rüstungsgüter richtet, sondern auch die Ausfuhr von Produkten verhindern will, die sich sowohl für die Verwendung in zivilen als auch in militärischen Bereichen eignen. In einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit ist die Initiative für die Jungfreisinnigen geradezu zynisch.

Im Beitritt zum LYMEC (Liberal and Radical Youth Movement of the European Community) sehen die Jungfreisinnigen neue Möglichkeiten zur Entwicklung internationaler Beziehungen und Tätigkeiten.

Unbestritten war die Ja-Parole zur Aufhebung des Pulver-Regals. ■

Sprachbarrieren müssen fallen

Il était une fois...!? Nous avons tous étudié, une fois au minimum, une autre langue nationale! Hélas! Qu'en reste-t-il? Spätstens an einem nationalen Anlass, wenn Jungfreisinnige aus der ganzen Schweiz zusammenkommen, versucht man sich krampfhaft an das gelernte «Voici» zu erinnern. Dennoch möchte man sich doch unter Schweizerinnen und Schweizern unterhalten können! Cela signifie qu'il faut dialoguer entre Suisses mais pas uniquement au sein d'une petite élite: tout le monde est concerné! Une commission du

parti radical genevois, la commission «Femmes et Société», a pris l'initiative d'appeler tous les partis radicaux de Suisse à œuvrer ensemble pour obtenir, dans chaque canton, qu'en cette fin du 20^e siècle, l'enseignement des langues soit complètement modifié. Konkret würde das heissen, dass jeder Kanton, im Rahmen des jeweiligen Gesetzes, so handeln müsste, dass der Unterricht überall an unseren Schulen vom Eintritt der Kinder ins Schulsystem an zweisprachig geführt werden kann. Enseigner une autre langue à l'en-

fant, comme il apprend sa langue maternelle, dès ses premiers pas à l'école, puis, plus tard dans la scolarité, utiliser la deuxième langue, voire la troisième, pour étudier la géographie, l'histoire, la biologie, etc... c'est cela l'enseignement des langues par immersion précoce. Der Delegiertenrat der Jungfreisinnigen Schweiz vom 14. Dezember 1996 hat deshalb beschlossen, diese Initiative für die schweizerische Einführung von zweisprachigem Grundschulunterricht zu unterstützen.

Nicole Savary, Vorstand Jungfreisinnige Schweiz

Einstieg in die Bundespolitik

Bereits zum viertenmal findet dieses Jahr die Sommeruniversität der FDP/Jungfreisinnigen Schweiz in Neuenburg statt. Vom 18. bis zum 22. August 1997 arbeiten eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Workshops mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu spezifischen politischen Sachgebieten.

GUS. Die FDP der Schweiz organisiert in Zusammenarbeit mit den Jungfreisinnigen eine exklusive Ausbildungswoche für angehende Politikerinnen und Politiker

und solche, die es werden möchten. Teilnehmen können junge Leute zwischen 18 und 30 Jahren, eine Parteimitgliedschaft ist nicht notwendig. Einzige Voraussetzung ist politisches Interesse an der Bundespolitik.

Zusätzlich bieten die Profis von der FDP Einführungen in den Umgang mit den elektronischen Medien und mit der gedruckten Presse. In Workshops mit Praxisbeispielen wird Wissen vermittelt, das für angehende Politikerinnen und Politiker von hohem Wert ist.

Das provisorische Programm (Stand 24. April 1997) sieht wie folgt aus:

Montag, 18. 8. 97

Generalsekretär der FDP

Blaise Roulet, secrétaire romand der FDP Schweiz
Sozialpolitik: SR Christine Beerli, SR Françoise Saudan
Landwirtschaftspolitik: NR Karl Tschuppert, NR John Dupraz
Bundesrat Kaspar Villiger

Dienstag, 19. 8. 97

Geschichte der FDP: Olivier Meuwly

10.00: François Couchepin, Bundeskanzler

Öffentliche Finanzen: NR Gerold Bühner, NR Daniel Vogel
Organisation der FDP: Mario Tavazzi, Sekretär der Fraktion
Blaise Roulet

Mittwoch, 20. 8. 97

Bildungspolitik: NR Christiane Langenberger
NR François Loeb

Aussenpolitik: NR Franz Steinegger, NR Pascal Couchepin
Energiepolitik: SR Erika Forster, NR Jean-Nicolas Philipona

Donnerstag, 21. 8. 97

Einführung in die Praxis der elektronischen Medien:

Adolphe Ribordy, Monique Pichonnaz Oggier

Sicherheitspolitik: NR Oscar Fritschi, SR Thierry Béguin
Verkehrspolitik: NR Yves Christen, NR Duri Bezzola

Freitag, 22. 8. 97

Gedruckte Presse: François Tissot-Daguette, Guido Schommer

Provisorische Anmeldung

Ich melde mich hiermit provisorisch an für die 4. FDP/JF-Sommeruniversität vom 18. bis zum 22. August 1997. Die Kosten betragen ca. Fr. 250.- (Kost und Logis inbegriffen).

Name, Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Jahrgang: _____

Sprache: F D

Coupon bis 31. Juni 1997 einsenden an FDP Schweiz, Blaise Roulet, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51, Email: gs@fdp-prd.ch

DELEGIERTENVERSAMMLUNG ◉ Eröffnungsrede

«Unser Ziel ist Arbeit, Arbeit, Arbeit»

Der «Freisinn» publiziert im folgenden – gekürzt – denjenigen Teil der Eröffnungsansprache vor der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 18./19. April 1997 in Locarno von Nationalrat Franz Steinegger, Präsident FDP Schweiz, in dem er sich zur Wirtschaftspolitik äussert.

An Themen mangelt es der Politik gegenwärtig nicht. Wir müssen uns mit vielen, teilweise komplexen Fragen auseinandersetzen. In einigen Bereichen sind schicksalhafte Entscheide notwendig.

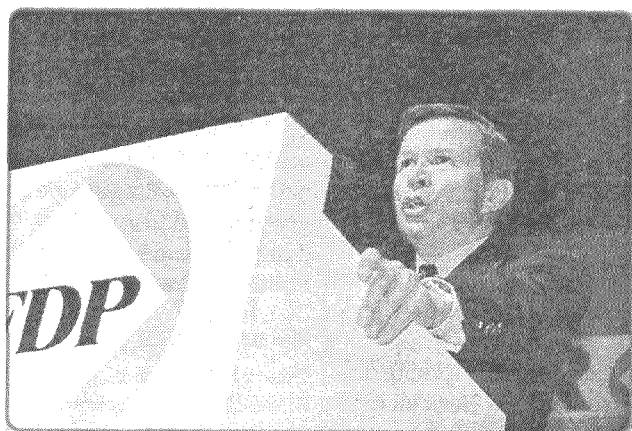
In der Wirtschaftspolitik läuft gegenwärtig ein politischer Wettbewerb zwischen stark unterschiedlichen Positionen ab.

Linke Strategie des «Weiter so»

Wir haben auf der einen Seite die linke Strategie des «Weiter so». Gelegentlich zwar verpackt in marktwirtschaftlicher Rhetorik, handelt es sich weitgehend um altlinke Orthodoxie. Verlangt wird staatliche Nachfragestimulierung, was zu einer höheren Staatsquote und später zu einer höheren Fiskalquote führen muss. Dazu gehört auch die Forderung nach Sicherung der Reallöhne und Ausbau des Sozialstaates bei gleichzeitiger Senkung der Arbeitszeit. Planwirtschaft wird nicht mehr offen gefordert. Es geht heute «nur» um «kontrollierten Strukturwandel, ökologischen Umbau und gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums».

Warum nenne ich diese Politik eine Strategie des «Weiter so», obwohl diese Vorstellungen als «neue Wirtschaftspolitik» verkündet wird?

Unser Bruttoinlandprodukt hat sich zwischen 1990



FDP-Präsident Franz Steinegger: «Wir investieren kaum mehr für die Zukunft, sondern konsumieren auf Pump.» (Photo ruti)

und 1996 bei einer Teuerung von etwa 17 Prozent um 20 Prozent erhöht. Gleichzeitig sind die Bundesaussgaben um 40 Prozent gestiegen und die Ausgaben für soziale Wohlfahrt um 75 Prozent. Dies bedeutet, dass der Staat seinen Anteil ausgebaut hat und dass innerhalb des staatlichen Anteils der Bereich der sozialen Wohlfahrt überproportional gewachsen ist. Wenn es so wäre, dass höhere Staatsausgaben Arbeitsplätze schaffen würden und dass explodierende Sozialausgaben soziale Zufriedenheit bewirken würden, müssten wir heute Vollbeschäftigung und die echten sozialen Bedürfnisse befriedigt haben. Wenn aber gleichzeitig die Arbeitslosenquote von 0,6 auf 5,7 Prozent gewachsen ist, müsste man eigentlich eingestehen, dass man die Probleme nicht mit einem weiteren Wachstum der Staatsausgaben lösen kann, dass wir uns in einer

Sackgasse befinden. Statt dessen werden aber nicht nur Investitionen, sondern auch viel Konsum auf Pump verlangt.

Wir sehen am bisherigen Ergebnis, dass diese Politik die staatliche Gemeinschaft finanziell und organisatorisch überfordert und nicht Vollbeschäftigung, sondern über 200 000 Arbeitslose gebracht hat.

Eindruck eines «Menschenrechts auf Ladenschluss»

Es ist gefährlich für die Zukunft, wenn die Leute glauben, Fortschritt sei, wenn es so bleibt, wie es einmal war. Der neuerliche Absturz des linken wirtschaftspolitischen Denkens in die Bestätigung des Status Quo ist das eine. Dazu kommt gelegentlich noch eine Mesalliance mit den Verteidigern von rückwärtsgerichteten Utopien auf der rechten Seite, wie wir es etwa bei der dringend nötigen Revi-

sion des Arbeitsgesetzes oder bei der Ladenschlussordnung erlebt haben. Hier hatte man ja gelegentlich den Eindruck, es sei ein neues Menschenrecht auf Ladenschluss entstanden.

Für den Politiker bestehen zudem gegenüber einem Sanierer in der Wirtschaft – abgesehen von den direktdemokratischen Möglichkeiten der Einflussnahme – einige «lästige» Unterschiede. Politik kann die Probleme nicht outsourcen, man kann die Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht entlassen. Im Gegenteil, wir haben grössere Probleme bei einer Häufung der Ansprüche und Erwartungen und gleichzeitig eine grössere Veränderungsfeindlichkeit und damit eine abnehmende Steuerungsmöglichkeit.

Auffallend ist, dass die Schweiz auf Grund harter Daten besser dasteht als auf Grund von weichen Indikatoren, welche das Ergebnis von Umfragen bei Managern usw. sind. Offenbar wird mehr gejammert, als man leidet.

Relativ gute Ausgangslage

Diese relativ gute Ausgangslage haben wir erhalten können, weil wir viele, vor allem linke Vorschläge für die weitere Verschlechterung der Rahmenbedingungen in einem dauernden Abwehrkampf verhindern konnten. Ich erinnere an die Bankeninitiative 1984, an die Armeeabschaffung 1989, an den Kernenergieausstieg 1990, an «Stopp dem Beton» 1990, an die Tierversuchsininitiati-

ZUM THEMA

Wenn es so wäre, dass höhere Staatsausgaben Arbeitsplätze schaffen würden und dass explodierende Sozialausgaben soziale Zufriedenheit bewirken würden, müssten wir heute Vollbeschäftigung und die echten sozialen Bedürfnisse befriedigt haben.

Es ist gefährlich für die Zukunft, wenn die Leute glauben, Fortschritt sei, wenn es so bleibt, wie es einmal war.

ven 1992 und 1993, an verschiedene Vorschläge zur Reduktion der Arbeitszeit und des Rentenalters usw.

Wir wollen die Probleme der sozialen Sicherheit lösen durch Korrekturen des bestehenden Solidarsystems und nicht durch Abschaffung. Unabwendbare Korrekturen am System müssen aber unternommen werden und dürfen nicht durch Sozialabbauvorwürfe diskreditiert werden. Es ist unsinnig, wenn immer gleich «Feuer» gerufen wird, wenn es unter dem Druck veränderter Verhältnisse um Korrekturen geht, die das System gar nicht in Frage stellen.

Wirtschaftsstandort Schweiz reorganisieren

Zu diesem Zweck müssen wir den Wirtschaftsstandort Schweiz reorganisieren und unsere Integration in die Weltwirtschaft bestmöglich absichern. Bei allem Respekt vor den Gegnern des EWR muss heute festgestellt werden, dass der damalige ablehnende Entscheid wahrscheinlich ein Fehler war (Landverkehrsverhandlungen). Wir hoffen, dass wir die bilateralen Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss bringen können. Unabding-

bar ist die kontinuierliche Sanierung der Bundesfinanzen. Eine Egoistengesellschaft, welche gnadenlos zulasten der nachfolgenden Generation konsumiert, hat keine Zukunft. Wir investieren kaum mehr für die Zukunft, sondern konsumieren auf Pump.

Obwohl es einer Allianz der Linken, der Kirchen und zynischer Kapitalisten gelungen ist, die Revision des Arbeitsgesetzes zu Fall zu bringen, brauchen wir einen weiteren Wettbewerbs- und Liberalisierungsschub. Wettbewerb auf Gütermärkten setzt Wachstumskräfte frei und senkt Kosten. Dies ist heute vor allem im Bereich der rund 46 Prozent staatlich beeinflusster Preise von Bedeutung. Deregulierung ist nicht Selbstzweck, sondern eine Notwendigkeit. Wenn alles im Fluss ist, braucht es Flexibilität, um sich anpassen zu können.

Ausbildung und Forschung sind entscheidend

Ausbildung und Forschung sind entscheidend für die Konkurrenzfähigkeit eines Landes. Unser Lebensstandard kann nur mit hoher Wertschöpfung erhalten werden. Die Kosten für Massenproduktion sind in der Schweiz zu hoch. Statt aber in den zukunftsreichen Gebieten engagiert zu forschen, zu entwickeln und zu produzieren, diskutieren wir über Technologieverbot in diesen Bereichen. Ich erinnere an die Genschutznitiative, an den Kernenergieausstieg, an die Initiative für das Verbot der Kriegsmaterialausfuhr, welche wegen der Dual-use-Klausel gerade neue Technologien betrifft.

Gemäss einer Übersicht des «Economist» gibt die Schweiz pro Schüler am meisten aus. Dies ist gut so. Wir verlangen aber Anstrengungen, um die Effizienz dieses grossen Mittel-

einsatzes zu verbessern. Nicht Nivellierung nach unten, sondern eine Qualitätssteigerung mit Stützmassnahmen für die schwächeren Schüler ist gefragt.

Deblockierungsinitiative ist dringend

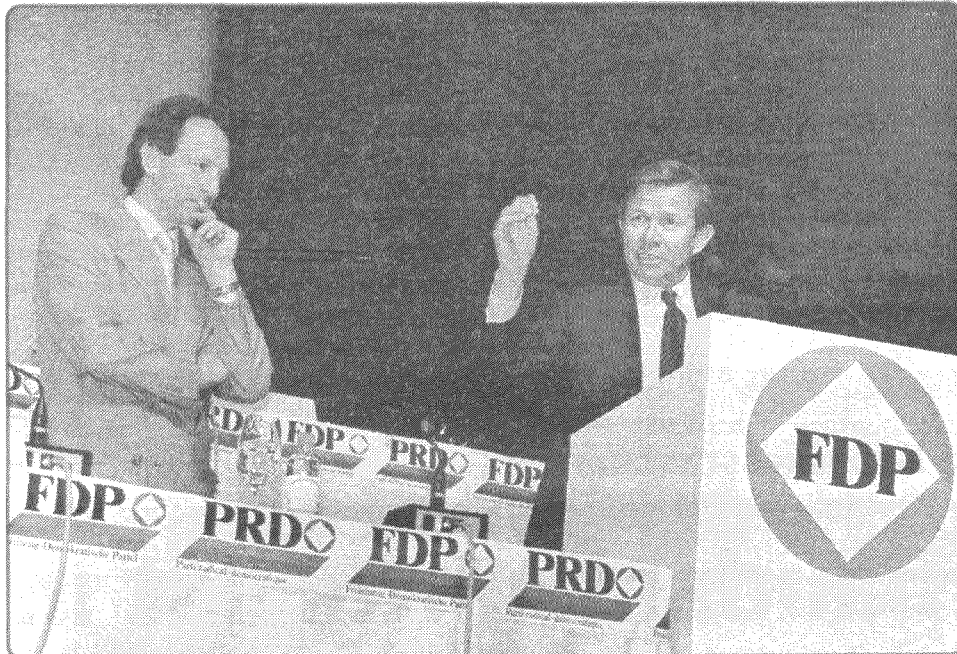
Die Gefahr der Selbstblockade besteht nicht nur bei neuen Technologien. Im Infrastrukturbereich ist eine Deblockierungsinitiative dringend. Wir werden in den

künstlichen Massnahmen zu kompensieren, sollten die Übelstände beseitigt werden. Zwar geben Beschwerdeverfahren auch Arbeit für Planer, Juristen, Umweltsachleute und Beamte. Aber es handelt sich mindestens teilweise nicht um produktive Arbeitsplätze, die wir mit einem überhöhten Kostenniveau und mit dem Ruf nach rasch wirksamen Arbeitsbeschaffungsprogrammen bezahlen.

Wenn die Betonung der konjunkturellen Komponente bewirken würde, von der Notwendigkeit der Strukturanpassung abzulenken oder diese zu verhindern, werden wir bald in der Nationalliga B landen.

Durchsetzung der KMU-Offensive

96 Prozent der Unternehmungen der Schweiz sind KMU. In diesen Unternehmungen finden 78 Prozent



FDP-Präsident Franz Steinegger in Locarno (hier mit Generalsekretär Christian Kauter): «Die Gefahr der Selbstblockade besteht nicht nur bei neuen Technologien. Im Infrastrukturbereich ist eine Deblockierungsinitiative dringend.» (Photo ruti)

eigenössischen Räten ein Investitionsprogramm von etwa 550 Millionen diskutieren. Nach Auffassung der Nachfragefetischisten sollten damit Konsum, Wirtschaftswachstum und schliesslich Arbeitsplätze geschaffen werden. Gleichzeitig befinden sich nach einer eher oberflächlichen Übersicht baureife Infrastrukturprojekte von etwa 17 Milliarden im Genehmigungs- bzw. Beschwerdeverfahren, oder diese werden durch politische Unsicherheiten in Frage gestellt. Diese Blockade ist nicht gottgewollt. Sie ist ein Produkt unserer Rechtsordnung und des Zeitgeistes. Statt Übelstände entstehen zu lassen, um diese dann mit

Gefahr des Abstiegs in die Nationalliga B

Wir können der Linken das Recht auf Anachronismus nicht absprechen. Wir brauchen aber eine überzeugende Antwort auf die Herausforderungen infolge der Globalisierung der Wirtschaft und der sich abzeichnenden Überforderung unseres Sozialsystems. Wir möchten zukunftsweisende Wirtschaftspolitik betreiben, während andere Gruppen sich auf kurzfristige Konjunkturmassnahmen konzentrieren möchten. Nach unserer Auffassung haben wir es in erster Linie mit strukturellen Problemen zu tun, welche durch konjunkturelle Schwierigkeiten überlagert werden.

der Beschäftigten Arbeit. In der Schweiz ist deshalb Wirtschaftspolitik KMU-Politik, ohne die Grossen «zu verbiestern». Wir müssen den Grosskonzernen ausreichende Anreize geben, in der Schweiz zu bleiben, und den kleineren und mittleren Unternehmungen die Chance geben, in der Schweiz zu überleben. Es ist wichtig, dass die Grossen profitabel arbeiten: für die bestehenden Arbeitsplätze und dafür, dass um sie herum neue Dienstleistungen entstehen. Aber wenn die Politik lediglich die bewährten Arbeitgeber betreut und subventioniert, damit diese möglichst wenig Jobs streichen, wird sie erfolglos bleiben. Die mei-

ZUM THEMA

Bei allem Respekt vor den Gegnern des EWR muss heute festgestellt werden, dass der damalige ablehnende Entscheid wahrscheinlich ein Fehler war (Landverkehrsverhandlungen).

Unser Lebensstandard kann nur mit hoher Wertschöpfung erhalten werden.

sten Innovationen kommen von kleinen und mittleren Unternehmen. Die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen erwarten wir deshalb vor allem von den KMU. Im Rahmen einer KMU-Offensive haben wir zuerst von den Betroffenen in Erfahrung gebracht, welche Bedürfnisse im Vordergrund stehen. Daraus ist für die kantonale Politik und die Bundespolitik ein Massnahmenkatalog entstanden, an dessen Durchsetzung wir arbeiten.

Zusammenfassend: Das Ziel der FDP-Wirtschaftspolitik ist nicht Erhöhung der Lohnnebenkosten zur Finanzierung von neuen Sozialausgaben, ist nicht die Erhöhung der Arbeitskosten durch Arbeitszeitverkürzungen, unser Ziel ist Arbeit, Arbeit, Arbeit.



KOLUMNE

Pestalozzi dreht sich im Grabe um



«Nicht nur angesichts des rasanten technischen Wandels, der positiven Erfahrungen mit privaten lokalen Radio- und Fernsehstationen und der praktischen Erkenntnis, dass sich die öffentlichen und privaten Anbieter in ihren Programmstrukturen immer mehr annähern (Quotendruck), sind diese Privilegien abzubauen.» Dieser Satz aus dem medienpolitischen Positionspapier der FDP Schweiz stimmt. Es geht darum, hinter die bevorzugte Rechtsetzung der SRG samt Gebührenzwang ein Fragezeichen zu setzen. Schön und gut.

Nur trifft es leider auch zu, dass mehr als die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer die zitierte Passage nicht versteht. Das dürfte ebenso für die Kolumne gelten. Nach einer Studie der OECD bekommen 51 Prozent der Westschweizer und 55 Prozent der Deutschschweizer der Mühe, selbst einfache bis mittelschwierige Texte zu begreifen. Für 40 Prozent der Leserinnen und Leser beginnen die Kopfschmerzen bei komplizierten Formulierungen.

Es sind knapp 10 Prozent, die über eine fundierte Lesekompetenz verfügen und von Goethe und Voltaire über Ingeborg Bach-

mann und Duras bis zur Gebrauchsanweisung für ein Videogerät das Gelesene wirklich erfassen. Das ist für ein Land, das den Geist als Rohstoff dringend benötigt, weiss Gott kein brillantes Ergebnis. Wenn den Schweden, Holländern, Kanadiern, Amerikanern und Deutschen das Licht lesenderweise schon aufgegangen ist, sind wir immer noch beim Buchstabieren und Grübeln – sofern wir die Zeitung oder das Buch nicht ermattet weggeschoben haben und uns beim Zappen entspannen. Pestalozzi dreht sich im Grabe um.

Auch unter dem Aspekt der Lesekompetenz ent-

sprechen die an der Delegiertenversammlung in Locarno verabschiedeten FDP-Bildungspostulate einer absoluten Notwendigkeit. Doch bis die Forderungen erfüllt und in der Praxis wirksam geworden sind, werden Tausende von Botschaften über den Köpfen des Volkes verhallt sein. Fürs Gehör und Verständnis ausserhalb der Eliten braucht es die einfache Sprache. Wer jetzt naserümpfend an den «Blick» denkt, vergisst die Bibel. Und niemand wird behaupten wollen, das Buch der Bücher sei von gedanklicher Schlichtheit und Blässe.

So könnte es denn sein, dass es sich bei der dauernd beklagten Lesemüdigkeit schlicht um die Weigerung handelt, verbalen Schwulst und Schrott zur Kenntnis zu

nehmen. Der sprachlich sicherste Weg in den Kopf führt übers Herz. Politikerinnen und Politiker dürfen gerne dynamisch und effizient, modern, innovativ und visionär sein, wenn sie daneben auch lebendig und erfolgreich, aufgeschlossen, erfinderisch, vorausschauend und herzlich sind. Der Verfasser dieser Kolumne bleibt ignorant bei seinen langen, verschachtelten und fremdwortlastigen Nebelsätzen, weil er natürlich weiss, dass die Leserschaft des «Freisinn» zur dechiffrierkompetenten Elite zählt.

Alex Bänninger,
Publizist, Präsident
des Freisinnigen
Presseverbandes der
Schweiz, Zürich

VERBAND LIBERALER BAUGENOSSENSCHAFTEN (VLB) ◉ Delegiertenversammlung

Die Verbandsstruktur ist intakt

Trotz wirtschaftlichen Widerwärtigkeiten und zunehmender Zurückhaltung der öffentlichen Hand bei der Mitfinanzierung des sozialen Wohnungsbaus ist der VLB, dessen gegen 400 Genossenschaften gesamtschweizerisch über 12 000 Wohnungen anbieten, solide abgestützt. «Unsere Verbandsstruktur ist intakt», sagte der Verbandspräsident Alexander Wili (Kriens) an der 32. Delegiertenversammlung vom 22. März in Rapperswil.

pd. Eitel Freude herrscht trotzdem nicht. Wili kritisierte insbesondere die spärlichen Aufweichungstendenzen der Bundeskompetenz im Sektor Wohnbau und Eigentumsförderung (WEG). Den Argumenten, der Wohnungsmarkt sei gesättigt, die öffentliche Hand habe zu wenig Geld und es gebe in Sachen Wohnbauförderung eh nichts mehr zu tun, vermöge er nicht zu folgen, sagte der Verbandspräsident.

Grosse Einschränkungen

Peter Gurtner, Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO), wies darauf hin, dass beim WEG bereits Modellanpassungen vorgenommen wurden und dass das Förderungsvolumen in den letzten drei Jahren eine drastische Reduktion erfahren hatte. Es werde noch zu weiteren Rückgängen kommen, prognostizierte Gurtner. Die



FDP-Ständerat Hans Bisig (SZ): «Für die Baugenossenschaften eröffnet sich ein Betätigungsfeld, das sich zu beackern lohnt.»

(Photo ruti)

Arbeit für das BWO sei deshalb allerdings nicht geringer geworden. Gurtner: «Eines der schwierigsten Probleme ist immer, abzuklären und zu entscheiden, wo saniert werden kann. Dabei suchen wir immer nach massgeschneiderten

Lösungen. Es braucht zudem die Mithilfe aller Beteiligten nach dem System der Opfersymmetrie.» Gurtner tangierte in seinen Ausführungen auch finanzielle Aspekte. Der Hypothekenmarkt habe im Spektrum der Bankgeschäfte nicht mehr denselben Stellenwert wie auch schon, und die Frage sei durchaus berechtigt: «Wer finanziert in Zukunft den Wohnungsbau in der Schweiz?»

Wohneigentum für fast alle

Als Folge sinkender Immobilienpreise und eines eigentlichen Verdrängungswettbewerbs werde Wohneigentum in Zukunft für fast alle möglich, prognostizierte der Schwyzer Ständerat Hans Bisig. Allerdings sei es heute immer noch

günstiger, eine Mietwohnung zu bewohnen, als ein Eigenheim zu besitzen. Mitverantwortlich für diese Situation sei das Mietrecht, das zu einer verfälschten Marktsituation führe. Bisig kritisierte zudem, dass die Wohnbedürfnisse fast ausschliesslich von der Lieferantenseite formuliert würden. Bisig: «Wenn alle Beteiligten am Wohnungsmarkt zusammenwirken und die Zeichen der Zeit erkennen, wird Wohneigentum tatsächlich für alle möglich, mindestens aber für jene zwei Drittel der Bevölkerung, die daran interessiert sind. Für die Baugenossenschaften eröffnet sich ein Betätigungsfeld, das sich zu beackern lohnt.»

CVP-PRESSEDIENST  *Leere Wahlversprechen*

Vorsicht, Christgenossen!

Im Editorial des CVP-Pressedienstes pries sich die CVP im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen im Kanton Neuenburg als Partei an, die eine «leistungs- und konkurrenzfähige Wirtschaft» anbiete. Zudem könne sie jenen Bürgerinnen und Bürgern eine Heimat anbieten, die der «Vetterlipolitik» überdrüssig seien. Die CVP grenze sich ab von «rechtsgerichteten Liberal-Radikalen, welche die Solidarität einem wilden Liberalismus überlassen». **Vorsicht, Vorsicht, liebe Christgenossen: Das Neuenburger Stimmvolk hat eine klare Antwort gegeben, die CVP lag unter einem Prozent Stimmenanteil.**

Zum Wirtschaftlichen: Die CVP gibt sich gerne wirtschaftsfreundlich, wenn es darum gehen soll, in Indu-

strie- und Gewerbekreisen Stimmen zu holen. Macht man jedoch die Probe aufs Exempel, so zeigt sie sich

immer mehr dem linken Spektrum zugehörig: Das CVP-Nein half mit, dass das Volk im Dezember 1996 die dringend notwendige Revision des Arbeitsgesetzes verwarf. In der Herbstsession selbigen Jahres votierte die CVP für einen SP-Vorstoss zugunsten des Investitionsbonus. In der Diskussion um die Sozialcharta sperrten sich die christlichen Genossen gegen eine Ablehnung dieses Vertragswerkes. Das wirtschaftspolitische Sündenregister kennt noch weitere Beispiele...

Abfuhr für die allmächtige Partei

Zur «Vetterlipolitik»: Der Editorialschreiber (RL) in Person des CVP-Generalsekretärs unterstellt solcherlei pauschal allen, die nicht das weihrauchgeschwängerte Parteibuch mit dem grossen C zu Hause stehen haben. Ein anderer Westschweizer Kanton (notabene die Heimat des Editorialschreibers!) hat, noch keine zwei Monate her, an der Urne ganz deutlich zu verstehen gegeben, von wessen «Vetterlipolitik» er genug hat. Ohne

Wenn und Aber hat der Kanton der Couchepins und der Bodenmanns der allmächtigen Partei in den Staatsratswahlen eine Abfuhr erteilt.

Politisches Roulette

Die Christgenossen spielen je länger, desto mehr politisches Roulette. Der politische Beobachter fragt sich bei der morgendlichen Zeitungslektüre immer häufiger, welche Position die CVP wohl gerade heute vertrete. Die CVP täte gut daran, sich daran zu halten, was im selben Editorial steht: «Sie (die CVP) grenzt sich auch von einem linken Sozialismus ab, der den Staat als Vormund der Eigenverantwortung errichtet.» Zur Substanz dieser Aussage lese man den ersten Abschnitt noch einmal... *Mutzli*

ANZEIGE

Der Tip des Monats

Kraut lässt Haare wieder spriessen!

Endlich entdeckt: der Rohstoff, der Haare wachsen lässt!

Millionen Haargeschädigte – von erfolglosen Behandlungen enttäuscht – erhalten ihre Lebensfreude zurück. Ein Tüftler hat den Rohstoff gefunden, der Haare wachsen lässt.

Ein Wunder? Der Erfinder, Erwin Stückler aus dem Schwarzwald, sieht es anders. Seine Entdeckung basiert auf seiner Überzeugung, dass die wichtigsten Faktoren für die meisten Haarprobleme in der mangelhaften Ernährung mit zu wenig Vitaminen und Mineralstoffen sowie in der Umweltbelastung zu suchen sind. Deshalb kann aus seiner Sicht nur ein Präparat, das über die Blutbahn von innen heraus wirkt, positive Resultate bringen. Laufend eingehende Erfolgsmeldungen von Kunden einerseits und die an der Erfindermesse in Genf errungenen Medaillen andererseits sind die Beweise für die Wirksamkeit des neuen Haarmit-

Erwin Stückler hatte zuerst ein Mittel gegen Erkältungen entwickelt. Die Rezeptur, mit hohem Anteil an Kräuteresenzen und Blütenpollen, zeigte bei den Anwendern völlig überraschend höchst erfreuliche Nebenwirkungen. Die Kunden berichteten immer häufiger von gestopptem Haarausfall und sogar von Neuwuchs auf zum Teil kahlen Stellen. Erwin Stückler ist auch seine eigene Testperson. Seine einstige Tellerplatte ist zur allgemeinen Verblüffung verschwunden. Das Mittel wurde in einem Schweizer Forschungslabor getestet. Der zuständige Prüfer rief mit den Worten an: «Sie haben den Rohstoff gefunden, der Haare wachsen lässt!» Die ESTA-VITAL-Haar-Vitaminkapsel war geboren. Bis zum endgültigen Durchbruch des neuen Mittels stand noch ein weiter und steiniger Weg bevor. Noch manche Gesetzeshürde musste genommen werden, und selbst

Gerichtsfälle wegen Einsprachen blieben Erwin Stückler nicht erspart. Nur seinem unerschütterlichen Glauben ans Produkt und seinem Durchhaltewillen ist es zu verdanken, dass das Produkt schliesslich auf den Markt kommen konnte.

Die ESTA-VITAL-Haar-Vitaminkapseln sind aus einer streng geheimen Mischung von rein natürlichen Rohstoffen (Mineralstoffe, Spurenelemente, Bockshornkleesamenextrakt, Blütenpollen, Schachtelhalm, Brennesselextrakt, Knoblauch, Traubenzucker, Vitamine des B-Komplexes, Biotin, Folsäure, Kieselsäure, Lecitin, L-Lysin, L-Methionin, Aminosäuren) hergestellt. Das Mittel gelangt über die Blutbahn zu den unterernährten Haarwurzeln, wo diese aktiviert und mit den nötigen Rohstoffen versorgt werden. Der vermehrte Haarverlust verringert sich in kurzer Zeit,



die gleichzeitige Anwendung der ebenfalls von ihm entwickelten Spezial-Pflegemittel: ESTA-VITAL-Shampoo und ESTA-VITAL-Haarwasser. Beide

Präparate werden in einem geschützten Verfahren aus reinen Pflanzenextrakten – ohne chemische Zusätze, ph-neutral – hergestellt und garantieren eine

hochwirksame und äusserst schonende Behandlung.

Die Nachfrage nach ESTA-VITAL-Vitaminkapseln ist enorm. Obwohl erst mit kleinem Werbeaufwand lanciert, treffen Anfragen aus aller Herren Ländern ein. Erwin Stückler hat ein perfektes Präparat geschaffen, das unzähligen Männern und Frauen von innen heraus zu einem schöneren Aussehen und neuer Lebensfreude verhelfen kann.

und der dynamische Wachstumsprozess setzt mit neuer Kraft wieder ein.

Empfohlen wird eine halbjährige Kur, bei der täglich, morgens und abends, je drei Kapseln eingenommen werden. Durch die Zufuhr lebenswichtiger Nährstoffe wird – als angenehme Nebenerscheinung – die Harmonie des Körpers positiv beeinflusst, das allgemeine Wohlbefinden gesteigert. Sichtbare Zeichen dafür sind neben schöneren Haaren auch eine gesunde Haut und schöne Nägel. Zur optimalen Ergänzung der ESTA-VITAL-Vitamin-Haarkur empfiehlt Erwin Stückler

Prompter Versand in die Schweiz direkt von der Firma Erwin Stückler GmbH. Bestellungsannahme: Tel. 0049 / 171 / 525 20 84

ABSTIMMUNG VOM 8. JUNI 1997 ◊ Ablehnung der Verbotsinitiative

Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet

In Bälde ist also die nächste Tranche armeefeindlicher Volksbegehren der Sozialdemokraten zur Ablehnung fällig: die Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr». Die Initiative schadet der Armee, der mehr und mehr die inländische Rüstungsproduktionsbasis entzogen würde, und sie schadet vielen Unternehmen, die in einer wirtschaftlich ohnehin prekären Situation weitere Auf-

tragseinbussen zu gewärtigen hätten. Ausserdem rennt sie viele Türen ein, die durch das revidierte Kriegsmaterialgesetz und das neue Güterkontrollgesetz bereits geöffnet wurden. Hinzu kommen die Aspekte der internationalen Solidarität und völkerrechtlicher Verpflichtungen, welche bisher in der Diskussion keine grosse Beachtung fanden.

nicht nur mit den Ländern, die sich mit Truppen engagierten, sondern auch mit der leidgeprüften Bevölkerung auf dem Balkan. Die Initiative würde solche Akte der Solidarität in Zukunft verhindern (was SP-Kreise natürlich nicht daran hindern würde, das passive und unsolidarische Auftreten der Schweiz anzuprangern ...).

Chemiewaffenübereinkommen). Schwindende Fachkenntnis würde eine aktive Beteiligung schweizerischerseits am Vollzug dieses Abkommen auf die Dauer ernsthaft in Frage stellen.

VON PHILIPPE MÜLLER,
POLITISCHER SEKRETÄR
IM GENERALSEKRETA-
RIAT FDP SCHWEIZ



Arbeitnehmerinteressen

Die Initianten teilen lapidar mit, durch ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr seien bloss 0,3 Prozent der Schweizer Exporte betroffen. Und von der Generalsekretärin der SPS war gar – noch direkter – zu vernehmen, dass «nur» rund 2000 Arbeitsplätze durch die Initiative betroffen seien. Abgesehen davon, dass es erstaunt, die Verniedlichung von Arbeitslosenschicksalen ausgerechnet aus der Zentrale jener Partei zu hören, die früher einmal vorgab, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, ist klar festzuhalten, dass die Zahlen ein völlig unvollständiges und somit unkorrektes Bild zeichnen:

Export ist für Rüstungsbetriebe überlebenswichtig

■ Einerseits beläuft sich der Anteil der Rüstungsgüter am Gesamtexport der Schweiz (d.h. inkl. Uhren, Käse usw.) zwar nur auf 0,3 Prozent. Für die einzelnen Rüstungsbetriebe ist der

Export jedoch überlebenswichtig, mit anderen Worten, ohne das Exportsegment müssten viele dieser Betriebe ihre Produktion ganz aufgeben. Insofern greift die numerisch korrekte «Umrechnung» des Exportanteils in Arbeitsplätze viel zu kurz und dient dazu, die Folgen der Initiative zu bagatellisieren.

Zivile Güter eingeschlossen

■ Andererseits schliesst die Initiative in für armeefeindliche Vorstösse bekannter extremistischer Manier auch gleich noch alle zivilen Güter, die militärischen Zwecken dienen können (dual-use), in das Verbot mit ein. Dadurch erfährt die Zahl der bedrohten Arbeitsplätze eine schwer bezifferbare Vervielfachung. Nicht unerwähnt bleiben sollen

ausserdem die Auswirkungen einer Annahme der Initiative auf die von linker Seite vielgerühmten Möglichkeiten der Rüstungskonversion: Erste Schritte einer Produktionsumstellung auf zivile Güter erfolgen naturgemäss zunächst über verwandte Produkte; und das sind nicht selten eben dual-use-Güter. Eine zusätzliche Erschwerung der Produktion in diesem Bereich wird sämtliche Konversionsbestrebungen in Zukunft im Keime ersticken.

Internationale Solidarität

Die Initiative verbietet in radikaler Weise sogar die Durchfuhr von Kriegsmaterial und von Dual-use-Gütern. Waffen können, auch wenn armeefeindliche Kreise dies nicht zur Kenntnis nehmen, zur Befriedung einer Region eingesetzt werden (Beispiel Ifor/Sfor-Truppen auf dem Balkan). Die Schweiz erlaubte die Durchfuhr von Panzern und Sanitätsfahrzeugen für den Einsatz in Ex-Jugoslawien im Rahmen des Dayton-Friedensabkommens. Sie entsprach somit einer sogar von der SP erhobenen Forderung und zeigte sich solidarisch,

Völkerrechtliche Verpflichtungen

Die Annahme der Initiative würde Forschung und Entwicklung beeinträchtigen und uns in verschiedenen Bereichen von Technologiewissen abschneiden. Diese Know-how-Einbusse würde zunächst unserer Wirtschaft schaden. Darüber hinaus ist dieses Wissen auch auf andern Gebieten von grossem Nutzen, was die Initianten wohl kaum bedacht haben. International gibt es mittlerweile verschiedene Abrüstungs- und Nonproliferationsabkommen. Für deren Durchsetzung sind Kontrollen nötig. Diese Kontrollen wiederum erfordern ein entsprechendes Know-how. Die Schweiz hat alle diese Abkommen unterzeichnet und ist auch am Kontrollregime beteiligt (z.B.

ZUM THEMA

Für die einzelnen Rüstungsbetriebe ist der Export jedoch überlebenswichtig, mit anderen Worten, ohne das Exportsegment müssten viele dieser Betriebe ihre Produktion ganz aufgeben.

Eine zusätzliche Erschwerung der Produktion in diesem Bereich wird sämtliche Konversionsbestrebungen in Zukunft im Keime ersticken.

Die Annahme der Initiative würde Forschung und Entwicklung beeinträchtigen und uns in verschiedenen Bereichen von Technologiewissen abschneiden.

International gibt es mittlerweile verschiedene Abrüstungs- und Nonproliferationsabkommen.

Schwindende Fachkenntnis würde eine aktive Beteiligung schweizerischerseits am Vollzug dieses Abkommen auf die Dauer ernsthaft in Frage stellen.



NEAT  Pioramulde und die Folgen

Wirtschaftliche Zukunft wegen 260 Metern aufs Spiel setzen?

Seit der Annahme der neuen Eisenbahn-Alpen-transversale Neat durch das Volk vor viereinhalb Jahren ringen Bundesrat, Parlament und Verbände um eine Antwort auf die Frage, wie das Grossprojekt finanziert bzw. welche Streckenvariante realisiert werden soll. Nun sind die Streitereien ob vorausschaubarer geologischer Schwierigkeiten am Gotthard vollends aus den Fugen geraten; Rechtfertigung auf der einen, Empörung und Schadenfreude auf der anderen Seite.

FDP-NATIONALRAT
DURI BEZZOLA,
SCUOL (GR)

Probleme sind offensichtlich nicht mehr da, um sie zu lösen, sondern man lässt sich von ihnen erdrücken. Jedenfalls macht sich der Eindruck breit, die Pioramulde sei Grund genug, sich eines ganzheitlichen Erschliessungskonzepts für den alpenquerenden Verkehr zu entledigen. Niemand will die schwierige Geologie am Gotthard verharmlosen. Ihre einzelnen Problemkomponenten – die Strecke mit zuckerkörnigem Dolomitgestein, der ausserordentlich hohe Wasserdruck – haben die Ingenieure mit erprobten Methoden in anderen Projekten schon bewältigt.

Genügend Zeit
vorhanden

Wer nun diesen Umstand zum Anlass nimmt, die Machbarkeit des Tunnels in Frage zu stellen und die Ingenieure und Geologen als Holzköpfe hinzustellen, beweist seinerseits keine fachliche Kompetenz. Der horizontale Sondierstollen ist inzwischen bis auf vierzig Meter an die Pioramulde heran vorgetrieben worden. In den kommenden zwei Jahren

kann die Mulde noch genauer erforscht werden. Aus den aus realen Bedingungen stammenden Forschungsergebnissen wird gleichzeitig die beste Technik zur Bewältigung der Mulde resultieren. Dafür stehen weitere vier Jahre zur Verfügung. Wieso? Der Bau des Basistunnels auf der Südseite bis zur Pioramulde, der parallel dazu vorangetrieben werden kann, dauert insgesamt sechs Jahre. Somit sind der Zeitfaktor und die Machbarkeit keine Argumente, den Bau am Gotthard nicht in Angriff zu nehmen.

Ebenfalls nicht stichhaltig ist das Argument der im Zusammenhang mit der Pioramulde diskutierten Mehrkosten. Da die geologischen Gegebenheiten bei einem Tunnelbau immer einen gewissen Unsicherheitsfaktor darstellen, sieht die Bausumme für den Gotthard eine mögliche 15prozentige Kostenreserve vor, wie es auch bei anderen Projekten dieser Art üblich ist. Die geschätzten maximal 700 Millionen für die Pioramulde sind dadurch gedeckt. Der geplante Basistunnel am Gotthard entspricht auf 56 740 Metern abschätzbaren technischen Herausforderungen. Die heftigen Reaktionen



FDP-Nationalrat Duri Bezzola: «Die längere Bauzeit am Gotthard löst sowieso eine natürliche Etappierung aus.»

auf 260 Meter oder 0,5 Prozent dieses Tunnels lassen darauf schliessen, dass das eigentliche Problem am Gotthard ein politisches ist.

Wichtigster Schweizer Alpenübergang

Für Europa ist der Gotthard der wichtigste Schweizer Alpenübergang. Im besonderen trifft dies auf den Güterverkehr zu. 1995 querten 19,1 Millionen Gütertonnen die Alpen auf der Gotthardachse. Dies entspricht 77 Prozent aller transalpinen Warenströme durch die Schweiz. Der in der Neat vorgesehene Ausbau zu einer durchgehenden Flachbahn ist nur die logische Konsequenz und entspricht den Vereinbarungen im Transitvertrag. Im Bereich des Personenverkehrs bringt der Ausbau am Gotthard Fahrplanverbesserungen, namhafte Reisezeitverkürzungen und attraktive Anschlüsse an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz; für das Tourismusland Schweiz wichtige Wettbewerbsfaktoren. Die mit dem Ausbau verbundene Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ge-

genüber der Strasse (Kapazität, Schnelligkeit, Flexibilität) stellt auf nationaler Ebene sicher, dass der Alpenschutzartikel umgesetzt wird und sich die Verkehrsbelastung für die betroffenen Kantone auf ein erträgliches Mass reduziert.

Es hat wenig Sinn, jedesmal, wenn ein bauliches Problem im Zusammenhang mit der Neat auftaucht, das ganze Projekt in Frage zu stellen. Entweder sagt man Ja zu einem ganzheitlichen Erschliessungskonzept, welches die Verkehrsströme Europas berücksichtigt und der Schweiz die so dringend nötigen Standortvorteile bringt, oder man verneint den Bedarf und verlegt sich auf einen punktuellen Ausbau nationaler Destinationen im Rahmen der Bahn 2000. Von den wirtschaftlichen Vorteilen der Neat zu sprechen ist momentan wenig opportun. Doch dieser Aspekt darf im Zusammenhang mit der Frage, ob es überhaupt Sinn hat, finanzielle Verpflichtungen in der Grössenordnung von 14,8 Milliarden Franken auf sich zu nehmen, nicht vergessen gehen. Geht man davon aus, dass die 560 Millionen des angekündigten Investitionsprogramms des Bundesrates 2,4 Milliarden Auslösen und für ein Jahr 24 000 Arbeitsplätze sichern, um wieviel mehr kämen die positiven Impulse bei einem Investitionsvolumen von 14,8 Milliarden zum Tragen.

Regionale Ausgewogenheit

Das Volk hat 1992 der Neat zugestimmt, weil mit dem

ZUM THEMA

Die heftigen Reaktionen auf 260 Meter oder 0,5 Prozent dieses Tunnels lassen darauf schliessen, dass das eigentliche Problem am Gotthard ein politisches ist.

Geht man davon aus, dass die 560 Millionen des angekündigten Investitionsprogramms des Bundesrates 2,4 Milliarden auslösen und für ein Jahr 24 000 Arbeitsplätze sichern, um wieviel mehr kämen die positiven Impulse bei einem Investitionsvolumen von 14,8 Milliarden zum Tragen.

Projekt eine regionale Ausgewogenheit verbunden ist, sowohl was die Vorteile (Standortattraktivität, Wettbewerbsvorsprung, Arbeitsplätze, ökologische Verbesserungen usw.) als auch die Nachteile (Lärmimmissionen, usw.) anbelangt. In den letzten sechs Jahren wurde die Neat an allen Enden verkürzt und gestutzt. Das Volk wird an der Urne einer Finanzierung der Neat nur zustimmen, wenn vorher der Beweis erbracht ist, dass beide Achsen gebaut werden. Nebenbei bemerkt: Die längere Bauzeit am Gotthard löst sowieso eine natürliche Etappierung aus.

Ob man sich dereinst erzählen wird, dass das Land der Tunnelbauer seine verkehrstechnische und somit wirtschaftliche Zukunft wegen 260 Metern aufs Spiel gesetzt hat? ■

RÜCKTRITT ◊ *Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz*

«Es braucht ein dickes Fell . . .»

Nach sechsjähriger Amtszeit tritt Franziska Frey-Wettstein, Zürich, als Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz zurück. Der «Freisinn» hat sich mit der scheidenden Präsidentin unterhalten.

FREISINN: POLITISCHE FRAUENORGANISATIONEN – IST DAS ZEITGEMÄSS?

Franziska Frey-Wettstein: Politische Frauenorganisationen sind eine absolute Notwendigkeit. Viele Frauen finden in einer Frauenorganisation die nötige Unterstützung, um den Schritt in die Politik zu wagen. Ich bin überzeugt, dass es noch weniger Frauen in politischen Ämtern gäbe, wenn nicht die Frauenorganisationen aktiv wären.

Frauen, aktiv um ihre Rechte als Frauen und Mütter zu kämpfen.

F: DIE FDP-FRAUEN SCHWEIZ SIND EIN ANHÄNGSEL DER FDP SCHWEIZ UND DAMIT EINER EIGENSTÄNDIGEN POLITISCHEN MEINUNG NICHT FÄHIG. WAS HALTEN SIE VON DIESER BEHAUPTUNG?

FFW: Die vergangenen Jahre waren stark von Aufbauarbeiten geprägt und brachten eine neue Ausrichtung der FDP-Frauen Schweiz. Schwergewichtig haben wir uns zu frauenrelevanten Sachthemen geäussert, meistens im Einklang mit der Mutterpartei. Es kann aber auch vorkommen, dass unsere Vorstellungen von denjenigen der Mutterpartei abweichen. Ich bin aber der Meinung, dass dies in einer liberalen Partei durchaus möglich sein soll.

F: WAS KANN EINE JUNGE FRAU HEUTE DAZU BEWEGEN, DEN FDP-FRAUEN BEIZUTRETEN ODER GAR EINE LOKALGRUPPE AUF DIE BEINE ZU STELLEN?

FFW: Viele Frauen fühlen sich den von der FDP vertretenen liberalen Grundsätzen verpflichtet und möchten sich aktiv für diese Grundwerte einsetzen. Das Beispiel des Schwangerschaftsabbruches zeigt, dass die liberale und ethisch geprägte Position der FDP geschätzt wird. Diese hebt sich deutlich von der fundamentalistischen Haltung anderer Organisationen ab und motivierte viele

F: WELCHES WAREN FÜR SIE DIE EINSCHNEIDENDSTEN POLITISCHEN VERÄNDERUNGEN WÄHREND IHRER PRÄSIDENTIALZEIT?

FFW: Die grösste Veränderung passierte gleich zu Beginn meiner Amtszeit, als der neu zusammengesetzte



Franziska Frey-Wettstein: «Der erfolgreiche Aufbau unserer Frauenorganisation mit eigenem Profil ist eine grosse Herausforderung.»

und noch sehr unerfahrene Vorstand seine Arbeit aufgenommen und recht anspruchsvolle Statuten umzusetzen begann. Politisch haben wir auf pragmatischem Weg in Form einer «Lose-Blatt-Sammlung» Stellung zu für Frauen wichtigen Themen bezogen. Vernehmlassungen und Diskussionen an der Präsidentinnenkonferenz gaben wichtige Hinweise auf die Meinung unserer Mitglieder. Solche Erfahrungen sind sehr wichtig und werden künftig die Arbeit der FDP-Frauen prägen.

F: SIE HABEN IMMER WIEDER AUCH DIE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ANDERN BÜRGERLICHEN FRAUENORGANISATIONEN GESUCHT. WELCHE CHANCEN SEHEN SIE DARIN?

FFW: Die Zusammenarbeit mit anderen bürgerlichen Frauenorganisationen ist sehr wichtig und auch erfolgreich. Sie birgt für Frauen ein grosses, noch schlecht erschlossenes Arbeitsfeld. Die Stärke der Frauen, unter sich Netzwerke zu knüpfen und erfolgreich zu nutzen, muss weiter ausgebaut werden. Der erfolgreiche Aufbau unse-

rer Frauenorganisation mit eigenem Profil ist eine grosse Herausforderung. Frauen beurteilen gesellschaftspolitische Fragen häufiger nach sachlichen Kriterien und weniger nach ihrer Parteikonformität. Dies kann je nach Standpunkt eine Schwäche oder eine Stärke sein. Für den Aufbau einer eigenständig denkenden Frauenorganisation bedeutet es eindeutig eine Stärke, die es zu bewahren und weiter zu entwickeln gilt.

F: DASS DER SCHULTERSCHLUSS VON FRAUENORGANISATIONEN ZUGUNSTEN EINER BESTIMMTEN SACHFRAGE NICHT ÜBERALL GERNE GESEHEN WIRD, HAT SIE NIE GESTÖRT?

FFW: Kritik kann sehr erregend sein, wenn sie ehrlich, offen und sachlich berechtigt ist. Dies war nicht immer der Fall und hat mir auch zu schaffen gemacht. Wenn man neue Wege beschreiten und Führungsverantwortung übernehmen

ZUM THEMA

«Selbständige Frauenorganisationen in der FDP geben nur dann einen Sinn, wenn es ihnen gelingt, ein eigenes politisches Frauenprofil zu entwickeln, und der Mut vorhanden ist, freisinnige Politik aus Frauensicht eigenständig zu definieren. Die Partei tut gut daran, eine solche Entwicklung zu fördern, und zwar auch dann, wenn die Frauen mit ihrer politischen Meinung zu andern Schlüssen gelangen, als dies vielleicht bis anhin üblich war.»

Franziska Frey-Wettstein, «Informelle», Nr. 62/1992/2

will, gehören auch negative Erlebnisse dazu. Man braucht in der Politik ein dickes Fell.

Das Interview führte Brigitte Kaufmann-Arn.

KURZBIOGRAPHIE

Franziska Frey-Wettstein

1938, verheiratet, vier erwachsene Kinder, wohnhaft in Zürich.

PARTEI- UND BEHÖRDETÄTIGKEIT:

- 1972 Eintritt in die FDP Zürich 7
- 1974–82 Mitglied der Kreisschulpflege Zürichberg
- 1979–91 Gemeinderätin Stadt Zürich
- 1988–89 Präsidentin des Gemeinderates der Stadt Zürich
- 1983–90 Präsidentin des Vereins Freisinnig-Demokratischer Frauen der Stadt Zürich
- 1991 Wahl in den Kantonsrat
- seit 1991 Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz
- seit 1991 Mitglied Geschäftsleitung der FDP Schweiz

WEITERE AUFGABEN:

- seit 1991 Präsidentin des Vereins Mütter- und Säuglingsheim Inselhof
- seit 1991 Präsidentin Pro Senectute Kanton Zürich

EINLADUNG

Ordentliche Delegiertenversammlung der FDP-Frauen Schweiz

Samstag, 31. Mai 1997, 10.30 Uhr, Casino, Herrengasse 25, 3011 Bern

Die Präsidentinnen erhalten fristgerecht eine Einladung zugestellt. Stimmberechtigt sind die Delegierten der Aktivmitglieder oder ihre Stellvertreterinnen.

WETTBEWERB Was steht wohl auf Markus Seilers Spickzettel?

Nach dem Wechsel

GUS. Anfang Februar 1997 hat der Wechsel vom alten zum neuen Pressechef der FDP Schweiz, von Markus Seiler zu Guido Schommer, stattgefunden. Damals hat der Abtretende angekündigt, er wechsle als Referent in den Controlling-Stab von Bundesrat Kaspar Villiger. Und dort ist er jetzt auch, wie auf dem Bild nebenan ersichtlich ist. Unser Photograph hat MRS auf der Beraterbank im eidgenössischen Parlament «erwischt». Gerne möchten

wir mit Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, etwas über die neue Tätigkeit von Markus Seiler rätseln.

Was steht geschrieben?

Seiler hat auf dem Bild, gut ersichtlich, als «Einflüsterer» einen Spickzettel an die Beratungen mitgenommen. Was ist darauf notiert? Die Einkaufsliste, die ihm seine Partnerin mitgegeben hat? Oder?

Unter den originellsten und humorvollsten Einsendungen verlosen wir wie-

derum ein FDP-Portefeuille und ein FDP-Foulard. Die besten Einfälle werden in der nächsten Ausgabe des «Freisinn» vorgestellt. Wir hoffen mit Ihrer kreativen Mithilfe zu erfahren, was MRS in der Bundesverwaltung eigentlich den ganzen Tag so in Papierform mit sich herumträgt. Die Redaktion wartet gespannt...



Der ehemalige Pressechef Markus Seiler auf der Beraterbank. (Photo E. Rieben)

(Talon zum Herausschneiden)

Ich weiss, was auf dem Spickzettel steht:

« _____ »

Name, Vorname: _____

Adresse: PLZ/Ort: _____

Einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Wettbewerb «Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Informationspaket FDP

Wir wünschen Zustellung von

- Informationspaket FDP Fr. 150.- (Jahresabonnement)
- Freie Schweizer Presseinformation (Jahresabonnement)
- Politische Rundschau Fr. 20.- (Jahresabonnement)
- Der Freisinn Fr. 20.- (Jahresabonnement)

Name/Vorname: _____

597

Adresse: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 312 19 51.

FDP auf Internet

Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:

E-Mail: gs@fdp-prd.ch

www: <http://www.fdp.ch>

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION: Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

STIFTUNG FÜR SOLIDARITÄT  Replik

Schier grenzenlose Naivität

Sehr geehrte Damen und Herren

Ob der schier grenzenlosen Naivität, mit der die bünderrätliche Stiftung für Solidarität euphorisch begrüsst wird, kann man sich nur wundern. Mitten in bedrängenden, kaum lösbaren Problemen, wie anhaltende Rechnungsdefizite und wachsende Verschuldung der öffentlichen Hand, steigende Arbeitslosigkeit, Finanzierungslücken bei den Sozialwerken usw., zaubert der Bundesrat durch Zugriff auf das Volksvermögen – die Goldreserven der Nationalbank – einen als Stiftung bezeichneten Fonds hervor, aus dem alljährlich Hunderte von Millionen Franken für Wohltätigkeit im Ausland (und Inland) sprudeln sollen. Einfach so, und selbstverständlich ganz ohne Schuldanerkennung hinsichtlich der schweizerischen Politik im Zweiten Weltkrieg. Nur: im Ausland wird dies ganz anders gese-

hen, insbesondere in jüdisch-amerikanischen Kreisen; die Medien- und Politikerkommentare offenbaren dies unmissverständlich. Kein Mensch, kein Staat auf dieser Welt bezahlt auch nur einen Franken irgendwem ohne zwingende Gründe; logischerweise muss es also um die Entlastung des rabenschwarzen Gewissens der insgeheim mit den Nazis verbündeten Schweizer gehen. Allein schon der Zeitpunkt der Ankündigung verrät dies. Und die «Historikerkommission» – deren Zusammensetzung legt dies nahe – wird die notwendige Anklageschrift zusammenschustern.

Die Schweiz und ihre «Classe politique» hat sich in eine absurde Schuldpsychose hineinmanövrieren lassen; sie scheint in diesem psychologischen Krieg – zutreffende Kennzeichnung durch Botschafter Jagmetti – zu versagen. Von Anfang an hätten alle Versuche, uns

(nach 50 Jahren!) auf die Anklagebank zu zerrn, energisch zurückgewiesen werden müssen. Unsere aus- und inländischen Ankläger handeln aus andern als nur lauterer Motiven, sie beuten unser Musterknabensyndrom für ihre finanziellen respektive politischen Ziele aus, für sie ein glänzendes Geschäft. Und unser Bundesrat macht mit.

Zurück zur «Solidarität»: summieren wir sämtliche Ausgaben des Bundes für humanitäre Zwecke (Entwicklungshilfe, Beiträge an Uno-Unterorganisationen, OSZE, Katastrophenhilfe usw., Asylwesen, Beihilfen aller Art) auf, kommen wir auf weit über zwei Milliarden Franken jährlich oder einen Pro-Kopf-Betrag, der zu den höchsten aller Staaten zählt. Wozu dann noch einen weiteren Solidaritätsbeweis?

Zur Nationalbank: sie hat die Pflicht, unabhängig von der Politik für die Stabilität unserer Währung und die Erhaltung der Kaufkraft des Frankens zu sorgen. Grundlage dafür bildet ihr Vermögen, das sie beispielsweise für Interventionen auf dem Devisenmarkt einsetzt. Ist die Gewinnablieferungsverpflichtung gegenüber dem Bund schon sehr fragwürdig, ist die Entnahme von Vermögensteilen zu politisch inspirierten Zwecken ein Präzedenz- und Sündenfall, den die SNB-Generaldirektion nicht zulassen dürfte.

Dr. Reto Kind,
Unterentfelden

Mit Blindheit geschlagen?

Antwort auf den Artikel von Herrn Christoph Müller aus Basel (S. 18, April-Nummer des «Freisinns»)

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Loblieb, das Herr Christoph Müller aus Basel dem Bundesrat zu seinem Solidaritätsfonds darbringt, tönt so hohl, dass ich es nicht unterlassen kann, auf die Fragwürdigkeit dieses Machwerkes hinzuweisen.

Vieles spricht dafür, dass der sogenannte Befreiungsschlag ein Schlag ins Wasser sein wird, der der Schweiz neue Verwicklungen und Probleme bringen wird. Herr Müller schreibt, dass man sich jetzt «wieder erhobenen Hauptes im Ausland zeigen kann».

Doch die Wirklichkeit spricht eine andere Sprache. Senator D'Amato hat es auf den Punkt gebracht. Er bezeichnete die Aktion als das, was sie ist, als Kapitulation. Sein Kommentar war unmissverständ-

lich, sagte er doch: «Es ist ein Durchbruch. Die Schweiz gesteht damit ihre massiven Verfehlungen ein.»

Mit seinem «Befreiungsschlag» hat der Bundesrat einfach versucht, den ihm unerträglich erscheinenden Druck auf das Volk abzuwälzen, indem er den «Schwarzen Peter» dem Volk zugespielt hat. Falls das Volk «Nein» sagt, steht der Bundesrat trotzdem mit weisser Weste da. Dem Volk aber wird mit dem internationalen Pranger gedroht, falls es der obrigkeitlichen Ordre nicht Folge leisten sollte.

Man kann es drehen, wie man will, diese Solidaritäts-Stiftung wird den erhofften Zweck einer Image-Verbesserung nicht erbringen können, denn sie hat nichts zu tun mit einer freien, spontanen Tat. Sie ist und bleibt die Reaktion einer konzeptionslosen Regierung, die um Ansehen betteln geht.

R. Burger, Burg

Warum kein Aufschrei?

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Erstaunen habe ich Kenntnis genommen von der Aussage von SP-Nationalrätin Haering Binder, dass tausend oder zweitausend Arbeitsplätze volkswirtschaftlich nicht relevant seien. Dies hat sie im Zusammenhang mit der Pro-Kampagne zur Waffenausfuhrverbotsinitiative gesagt. Es ist unglaublich, dass eine Vertreterin einer ehemaligen Arbeitnehmerpartei eine solche Ungeheuerlichkeit in die Welt setzen kann, ohne dass ein Aufschrei durch die eigenen Reihen geht. Früher hätte solches die Entlassung (Haering Binder ist auch noch SP-Generalsekretärin der SP Schweiz!) zur Folge gehabt. Aber offenbar zählt bei der SP nur noch, dass das, was man sagt, irgendwie auffällt und in den Medien breitgeschlagen wird, und nicht mehr, was der Inhalt des Gesagten ist. Ich als einstmals treuer Gewerkschafter werde nie mehr einen SP-Namen auf einen Wahlzettel schreiben.

Andreas Sutter, Zürich

meinen Sie? Was meinen Sie?
Was meinen Sie?
 Was meinen Sie? Was meinen Sie?
 Sie? Was meinen Sie? Was
 meinen Sie? Was meinen Sie?
Haben Sie sich gefreut, geärgert?
 Was meinen Sie? Was meinen Sie?
 Sie? Was meinen Sie? Was
Schreiben Sie uns!
 meinen Sie? Was meinen Sie?
 Was meinen Sie? Was meinen
 Sie? Was meinen Sie? Was
Unsere Adresse:
 Redaktion «Der Freisinn»
 FDP Schweiz
 Postfach 6136
 3001 Bern
 Was meinen Sie? Was meinen Sie?
 Was meinen Sie? Was meinen

Sondersession der eidgenössischen Räte




Karikatur Andreas Töns

SVP ZÜRICH ◊ *Durchsichtige Inseratekampagne*

Bekanntes Strickmuster der finanzkräftigen Herren

In den letzten Wochen ist die Inseratekampagne der SVP Zürich gegen ihr neues Feindobjekt, die schweizerische Stiftung für Solidarität, angelaufen. Einmal mehr wird stilllos und ohne auf die Inhalte einzugehen der Teufel an die Wand gemalt und eine Idee frühzeitig abzuschliessen versucht.

**GUIDO SCHOMMER,
PRESSECHIEF
FDP SCHWEIZ**

 Wir erinnern uns: Die gleichen SVP-Vertreter aus Zürich, die jetzt gegen die Idee einer schweizerischen Stiftung für Solidarität ins Feld ziehen, haben mit einer ähnlichen Strategie schon eine Teilnahme der Schweiz am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mitverhindert. Frühzeitig, wenn noch keine fundierte Information einer breiten Bevölkerung stattfinden konnte, wird ein Projekt auf der Gefühlsebene bekämpft und mit fragwürdigen Begriffen recht eigentlich «besetzt». Das bekannte Strickmuster der finanzkräftigen Herren aus Zürich also. Soviel zum Vorgehen.

Kritische Mitarbeit wäre vorstellbar gewesen

Besonders störend ist, dass eine vernünftige Meinungsbildung in der Bevölkerung verhindert werden soll. Etwas mehr als einen Monat nach der erstmaligen Präsentation der Stiftungsidee durch die Bundesräte Koller und Villiger und in Unkenntnis der Details wird der Idee bereits ein völlig undifferenziertes «Nie! Nie! Nie!» entgegenge-

schleudert. Man hätte sich auch vorstellen können, dass die SVP durchaus kritisch, aber konstruktiv mitarbeitet und so auch ihre Vorstellungen hätte einbringen können. Einmal mehr ist die Zürcher Kantonalpartei ihrer schweizerischen Mutter zuvorgekommen mit ihrem Versuch, die Schweizer Bevölkerung zu spalten. Sie hat damit die Gesamtpartei in einer Ecke positioniert, aus der sie nicht mehr wird fliehen können.

Liederlicher Umgang mit der Wahrheit

Geradezu ungeheuerlich ist der liederliche Umgang der Inseratedaktoren und -finanzierer mit der Wahrheit. Der Begriff der «Erpressung» wird grossgeschrieben und kommt in allen Sujets vor. Dass auch von jüdischer Seite versucht wurde, Druck auf unser Land aufzusetzen im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen, ist kaum abzustreiten. Aber: es besteht kein Zusammenhang zwischen der Solidaritätsstiftung fürs Jubiläumsjahr 1998 und der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg.

Kein roter Rappen für «Erpresser»

Der Begriff der «Erpressung» ruft nach zwei Akteu-

ren: dem Erpressten (in der Wahrnehmung der SVP Zürich also die Schweiz) und dem Erpresser (diffuse «ausländische Organisation»; «New York droht», gemeint sind jüdische Organisationen und Anwälte). In aller Regel unternimmt ein Erpresser Erpressungshandlungen, um einen Vorteil für sich herauszuholen.

Die Stiftung für Solidarität aber sieht nun vor, den Verwendungszweck der Stiftungserträge als schnelle Hilfe für jetzt und heute Notleidende im In- und Ausland zu definieren. Für berechnete Forderungen der Holocaustopfer ist der Fonds der Wirtschaft vorgesehen. Und der genügt dafür auch. Wenn Erpresser

am Werk gewesen sein sollten, so würden sie sich ganz sicher nicht durch die Stiftung für Solidarität besänftigen lassen. Denn auch sie würden gemerkt haben, dass ihre Kreise durch die Solidaritätsstiftung keinen roten Rappen garantiert bekommen. Es wird Zeit, dass dies auch die SVP merkt. ■

Positive und negative Standortfaktoren

Wf. Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist zwar (noch) intakt, doch die Konkurrenz holt auf. Zu den traditionellen Stärken der Schweiz werden die sprichwörtliche soziale und politische Stabilität gezählt, eine im internationalen Vergleich überdurchschnittliche Infrastruktur, relativ stabile Preise und eine solide

Währung. Auch ein leistungsfähiger Kapitalmarkt und ein ausgebautes Bankensystem sowie die hohe Arbeitsproduktivität und die Qualität der Produkte sind wichtige Pluspunkte.

Diesen positiven Standortfaktoren stehen aber unübersehbare Schwächen gegenüber, beispielsweise die international überdurch-

schnittliche Belastung durch Steuern und Sozialabgaben, ein überhöhtes Preisniveau, marode Staatsfinanzen, hohe Arbeits- und Lebenshaltungskosten sowie politische Alleingänge. ■

